

Stimme der Familie



Informationen — Positionen — Perspektiven

SUCHT IHR NOCH, ODER HABT IHR SCHON EINE FAMILIENWOHNUNG?

Seite 2 — Editorial

Dr. Katja Weniger

Seite 3 — Sozialökologische Wohnungspolitik für alle

Anton Brokow-Loga, Miriam Neßler

Seite 6 — Alternative Wohnformen

Manfred Höges

Seite 8 — "Die Suche nach der Nadel im Heuhaufen während eines perfekten Sturms": Angemessener und bezahlbarer Wohnraum für Familien

Ulrich Müller

Seite 11 — Aus dem Bundesverband

Seite 14 — Aus den Diözesan-, Landes- und Mitgliedsverbänden

Seite 20 — Nachrichten aus Politik, Gesellschaft und Recht

Seite 22 — Literaturempfehlungen

Seite 24 — Schlusspunkt

KOMMENTAR

VOM FINDEN UND BEWAHREN DES ZUHAUSES
In Wohnzeitschriften werden derzeit immer so schöne weiß-beige Riesenwohnungen präsentiert. Hier frage ich mich, ob es sich um eine reine Inszenierung handelt oder ob darin tatsächlich Familienalltag gelebt wird. Diesen stelle ich mir eigentlich bunter und lebendiger vor. Durch ihn wird die Wohnung zum Zuhause. Dieses hat gerade in Zeiten vielfacher Krisen eine besondere Bedeutung - im Privaten wie auch im Gesellschaftlichen. Wir teilen es mit Menschen, mit denen uns etwas verbindet - von der Sorge-, über die Freundschafts- bis zur Liebesbeziehung. Die alltägliche Lebensführung ist eng mit diesem Schutzraum verbunden. Das Zuhause steht für das Private und ist von immenser sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung. Doch was, wenn dieser Raum aufgrund der Effekte von Kapitalismus, Finanzen, Klima und Politik in Gefahr ist? Denn egal, ob jetzt bunt oder weiß-beige, irgendwo müssen Familien leben. Die Anforderungen an das Zuhause wachsen stetig und gerade im Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem zeigen sich aktuell mehr Probleme als Lösungen. Doch nur wenn dieser Dreiklang auch beim Wohnen für Familien ausgewogen ist, können Familien den Herausforderungen ihres Alltags gerecht werden. Nur wenn ein familiengerechtes Wohnen in allen Regionen des Landes möglich ist, bleibt die Vielfalt unserer Gesellschaft erhalten. Uns eint alle die Sorge, das richtige Zuhause zu finden und es nicht wieder zu verlieren. Politisch geht es beim Wohnen um die soziale Frage unserer Zeit. Dabei gilt es auch zu fragen, was machen wir dafür, die Umgebung lebenswert zu gestalten und zu erhalten? Denn dieses Zuhause steht nicht im luftleeren Raum. Neben einer guten nachhaltigen Stadt- und Regionalplanung, ÖPNV und guten Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit ist gesellschaftlicher und politischer Frieden ein wesentlicher Grundstein. Nie war er wichtiger als heute.

| ULRICH HOFFMANN

Liebe*r Leser*in,

sind Sie zufrieden mit Ihrer Wohnsituation? Passt alles in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht? Besonders beim Thema Wohnen gibt es im wahrsten Sinne des Wortes viele Baustellen. Wohnen ist teuer, es fehlen Wohnungen, vor allem auch Sozialwohnungen, es gibt starke Unterschiede zwischen Stadt und Land, hohe Bau- und Grundstückskosten bei gleichzeitigem Handwerker- und Materialmangel. Klimastandards werden zur Frage von Jung oder Alt, Reich oder Arm. Dabei sind unsere Wohnstrukturen essentiell, denn sie wirken sich auf unser Verhalten, unser Zusammenleben und die Lebensqualität aus. Dieses Lebensbedürfnis ist gerade für Familien immer schwerer umzusetzen. Ein in Größe, Lage und Ausstattung angemessenes und zugleich bezahlbares Dach über dem Kopf zu haben, ist ein existenzielles Grundbedürfnis des Menschen – und dennoch nicht überall und für alle erreichbar.

Immer noch wünschen sich 75 % der jungen Menschen, irgendwann ein eigenes Heim zu bewohnen. Neben dem individuellen Eigentumserwerb gibt es Ideen gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens, wie z.B. das System des Mietshäuser Syndikats oder Baugemeinschaften und Bauge-

nossenschaften. Idealerweise sollte so ein Bau auch noch flexibel anpassbar an die unterschiedlichen Bedürfnisse im Laufe eines Lebens sein. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt jedoch zur Miete und sieht sich mit steigenden Mieten konfrontiert. Wie also gut wohnen? Wie lassen sich die auf den ersten Blick ausschließenden Ziele familiengerecht und nachhaltig erreichen?

Hier die sozialen und ökologischen Fragen nicht gegeneinander, sondern zusammen zu führen, bietet enormes Potenzial. Bisher ist die alle Stränge verknüpfende Debatte jedoch überschaubar. Auch die vor Ihnen liegende Stimme der Familie kann zu diesem Thema nur einzelne Aspekte beleuchten. Dennoch hoffe ich, dass wir mit den vorliegenden Texten Anregungen anstoßen, wie der Wohnungskrise beizukommen ist und wie Wohnen inklusive Klimaschutz nicht unsozial wird.

Der Beitrag von Anton Brokow-Loga und Miriam Neßler (Seite 3) fordert ein neues Verständnis von Wohnraum – das als endlicher Ressource. Denn: Wohnraum ist grundsätzlich vorhanden. Aber die «Wohnfläche ist sozial enorm ungleich verteilt». Die aufgezeigten Lösungen reichen von Bestandsumbau, dem Abbau von

Zugangsbarrieren und einem Abrissmoratorium.

Es gibt viele Praxisbeispiele, wie mit den unterschiedlichen Anforderungen an den Wohnraum im Laufe eines Lebens umgegangen werden kann. Der Beitrag von Manfred Höges (Seite 6) stellt Ihnen Modellprojekte vor, die als Vorzeigemodelle für die effektive Nutzung kirchlicher Immobilien dienen.

Was sich ändern muss, damit mehr gebaut wird, erläutert der Artikel von Ulrich Müller vom KSD (Seite 8). Denn die Schwierigkeit der Branche zwischen steigenden Baukosten, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutzverantwortung bedeutet, dass für bestimmte Gruppen nicht mehr gebaut werden kann.

Es gibt viele Wege zu mehr Familien-gerechtigkeit beim Wohnen. Am schönsten wäre für die Familien immer die an ihre konkrete Lebenssituation angepasste Individuallösung, doch lesen Sie selbst.

Ihre *Katja Weniger*



Foto: Cathy Schneider/Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger:

Bundesgeschäftsführung des Familienbundes der Katholiken (FDK) Littenstr. 108, D-10179 Berlin
Tel: 030/326 756-0; Fax: -20
E-Mail: info@familienbund.org
Internet: www.familienbund.org

Redaktion:

Dr. Katja Weniger (verantwortlich), Cathy Schneider, Matthias Dantlgraber

Gestaltungskonzept:

Bruno Dorn, Berlin

Druck und Versand:

Druck-Center Meckenheim, Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder. Erscheint sechsmal im Jahr. Bezug durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Die Mitgliedsverwaltung obliegt den jeweiligen FDK-Diözesanverbänden; Adressänderungen bitte nur schriftlich oder per E-Mail an den Diözesanverband oder an o.g. Adresse. Anzeigenpreise und Einzelpreis: lt. Preisliste (auf Anfrage)

ABONNEMENT | FÖRDERMITGLIEDSCHAFT

Die „Stimme der Familie“ ist eine familienpolitische Fachzeitschrift mit Beiträgen aus Politik, Praxis und Wissenschaft. Sie erscheint sechsmal im Jahr und wendet sich an alle, die sich für Familienpolitik und die Arbeit des Familienbundes der Katholiken interessieren.

Probeabo bestellen und zwei Ausgaben kostenlos erhalten:

Nach der Bestellung des Probeabos erhalten Sie die ersten beiden Ausgaben der „Stimme der Familie“ kostenlos, inkl. postalischer Zustellung.

Ohne Ihren schriftlichen Widerruf zwei Wochen nach Erhalt der zweiten Ausgabe lesen Sie die folgenden sechs Ausgaben im Jahresabonnement zum Preis von insgesamt nur 12 Euro pro Jahr, kündbar bis vier Wochen vor Beginn des neuen Abozeitraums.


Fördermitgliedschaft:

Werden Sie Fördermitglied des Familienbundes der Katholiken, Abonnement der „Stimme der Familie“ inklusive (Mindestbeitrag pro Jahr für Einzelpersonen/Familien 50,00 Euro, für Unternehmen/Institutionen 200,00 Euro)

Bestellung und Abmeldung von Abo und Fördermitgliedschaft per Post, Fax oder E-Mail:

Familienbund der Katholiken, Redaktion „Stimme der Familie“

Littenstr. 108; D-10179 Berlin
Fax: 030 326 756 20
E-Mail: stimme@familienbund.org

gefördert vom:  Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bezahlbarer und klimaschonender Wohnraum ist zu knapp in Deutschland. Doch kann die Antwort auf den offenkundigen Mangel allein im Neubau gesucht werden? Nur langsam zeichnet es sich in den Debatten ab: Gesellschaftlich können wir uns weder Flächenneuanspruchnahme noch entsprechenden Materialeinsatz (Beton, Stahl, etc.) leisten. Zudem lindert Neubau die Wohnungsnot nur sehr begrenzt. Der steigende und zudem ungleich verteilte Wohnflächenverbrauch ist stattdessen einer der wichtigsten Treiber einer sozialökologischen Wohnungskrise. Um diese Probleme zu adressieren, wird ein neuer Blick auf Wohnungs- und Baupolitik benötigt. Denn Klima- und Wohnungskrise sind derartig ineinander verwoben, dass eine gesonderte Betrachtung und Bearbeitung nur Scheinlösungen und Rebound-Effekte¹ produziert. Ganz im Gegenteil ist es vonnöten, mit einem Verständnis von Wohnraum als endlicher Ressource umfassende Lösungsansätze für die multiple Wohnungskrise herauszuarbeiten.

Um den aktuellen Engpässen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen, hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, 100.000 davon öffentlich gefördert. Mal unabhängig davon, wie unrealistisch dieses Ziel erscheinen mag: Der Bau- und Gebäudesektor ist einer der Haupttreiber des Klimawandels. Mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen macht er 40% der deutschen Treibhausgas-Emissionen aus (BBSR 2020). Gleichzeitig gibt es in Deutschland so viel verfügbaren Wohnraum wie nie zuvor, innerhalb eines Jahrzehnts kamen zuletzt mehr als zwei Millionen neuer Wohnungen hinzu. Die individuelle Pro-Kopf-Wohnfläche hat sich in den vergangenen 60 Jahren mehr als verdoppelt und lag 2017 bei 47,7 Quadratmetern pro Person (UBA 2021). Auch der demographische Wandel hin zu Einpersonenhaushalten, gestiegene Wohnstandards sowie der sogenannte Remanenzeffekt, der beschreibt, dass Menschen nach dem Auszug von Haushaltsmitgliedern in einer nun eigentlich zu großen Wohnung weiterwohnen, führt zu einem steigenden Wohnflächenverbrauch pro Person. Was jedoch auch auffällt: Wohnfläche ist sozial enorm ungleich verteilt. Neben Faktoren wie der Haushaltsgröße bestimmt vor allem das Einkommen über die Wohnverhältnisse: Ärmeren Haushalten stehen deutlich weniger Quadratmeter zur Verfügung als Haushalten mit hohem Einkommen (Lebuhn, Holm, Junker, Neitzel 2017). Die individuelle Wohnfläche ist jedoch nicht nur Ausdruck von, sondern auch Ursache für soziale Ungleichheiten. Dies haben zuletzt die Corona-Pandemie und die

frappierenden ungleichen Möglichkeiten des Isolierens und Arbeitens zu Hause deutlich gezeigt.

Wir setzen uns daher dafür ein, die (Um-)Verteilung von Wohnraum in den Mittelpunkt der medialen und wissenschaftlichen Debatte um das Wohnen und Bauen zu rücken. Drei Fluchtpunkte dienen dabei aus unserer Sicht als Basis einer Skizze für eine sozialökologische Wohnungspolitik: der Umbau des Bestandes, der Ausbau wohnraum(um)verteilernder Maßnahmen sowie der Abbau von Zugangsbarrieren zu (ökologischem) Wohnraum. Diese drei Fluchtpunkte dürfen nicht voneinander getrennt verstanden werden – nur in der Gesamtschau und Wechselwirkung ergeben sie das Bild einer gerechteren Wohnungspolitik.

UMBAU DES BESTANDS STATT ABRISS UND NEUBAU

Mitte 2022 setzten sich zahlreiche namhafte Architekt*innen und Verbände mit einem offenen Brief für ein Abrissmoratorium ein: „Statt Abriss und Neubau stehen wir für Erhalt, Sanierung, Umbau und Weiterbauen im Bestand. Jeder Abriss bedarf einer Genehmigung unter der Maßgabe des Gemeinwohls, also der Prüfung der sozialen und ökologischen Umweltwirkungen“ (Abrissmoratorium 2022). Die Initiative argumentiert mit den enormen Bau- und Abbruchabfällen und der Bewahrung der grauen Energie². Tatsächlich müsste die Forderung allerdings noch weitreichender sein und konsequenterweise auch den Neubau von Wohnungen umfassen. Bereits 2015 forderte der Wirtschaftswissenschaftler Daniel Fuhrhop: „Verbietet das Bauen!“ Doch ein Neubaumoratorium, wie es für Bundesfernstraßen längst in den Debatten gefordert wird, hat es im Bereich Wohnungspolitik bislang schwer: Zu tief sitzt die Vorstellung, dass dies zulasten der Ärmsten gehen würde. Da diese Sorge zwar mit Blick darauf, welcher Wohnraum am Ende fertiggestellt wird, relativiert wird, jedoch nicht komplett von der Hand zu weisen ist, muss einmal mehr erinnert werden: Nur in der Kombination mit dem Ausbau der Wohnraumverteilung und dem Abbau der Diskriminierung ergibt ein Wohnungsneubaumoratorium den gewünschten Effekt.

Für einen Umbau braucht es eine Konversion der Bauindustrie in eine Umbauindustrie. Um mit staatlicher Unterstützung eine energetische Sanierungsquote von momentan 1 % auf laut Wuppertal Institut (2020) erforderliche 4 % steigert. Denn Energieeffizienz, Dämmung und die Ersetzung fossiler Heizungen sind ein zentraler Hebel und absolute Notwendigkeit, um die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor zu reduzieren. Außerdem braucht

² Graue Energie umfasst die gesamte „Lebensenergie“ eines Gebäudes – vom Rohstoffan- und -abbau über den Bau bis hin zur Entsorgung.

¹ Der Rebound-Effekt bezeichnet den Effekt, dass das Einsparpotenzial von Effizienzsteigerungen nicht wie gewünscht realisiert wird, hier zum Beispiel: Die Wohnung wird gedämmt, doch der Energieverbrauch pro Person steigt insgesamt durch eine größere Wohnfläche pro Kopf.

es eine Relokalisierung der Branche, unter anderem also eine stärkere Verwendung von lokalen Baumaterialien, auch um unabhängiger von Schwankungen der globalen Ökonomie zu werden. Nicht zuletzt hilft dabei auch die Rezyklierung von Baumaterialien: Für Sanierungsvorhaben, Aufstockungen oder Erweiterungen von Gebäuden muss beachtet werden, wie bereits verwendete Ressourcen weiterverwendet werden könnten.

Für einen gelingenden Umbau der Wohnraumversorgung braucht es jedoch ebenfalls eine strategische Steuerung des gesamtgesellschaftlichen Flächenverbrauchs. Die Vorschläge liegen hier schon längst auf dem Tisch: Flächenkreislaufwirtschaft, kooperative Baulandmodelle, aktive kommunale Bodenbevorratung und interkommunale Kooperation können helfen, den gegenwärtigen Flächenwettbewerb, zum Beispiel um die Ausweisung neuer Bauflächen für Einfamilienhauswüsten, zu unterbinden. Doch auch hier fehlt der letzte, entscheidende Schritt: Das 30-Hektar-Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, das für 2030 die Flächenneuanspruchnahme pro Tag auf 30 Hektar, für 2050 auf Netto-Null begrenzt, muss für die Kommunen handhabbar gemacht werden. Denkbar wäre hier etwa die Ausweisung eines fixen (handelbaren) Budgets für Bundesländer, das dann auf die Regionen und Kommunen heruntergerechnet werden könnte (Henger und Schröter-Schlaack, 2008). Nicht zuletzt: Möglichkeiten der (Flächen)umnutzung und der Anpassung des Gebäudebestandes sollten in einem Umbaurecht ausgeweitet werden.

AUSBAU DER WOHNRAUMVERTEILUNG

Für die Dekarbonisierung des Wohn- und Bausektors braucht es gesellschaftliche Aushandlungen und Antworten für die Frage „Wie viel Wohnraum ist genug?“. Angesichts der ökologischen Folgen, die mit einem steigenden Pro-Kopf-Verbrauch und dem Neubau einhergehen, ist es wichtig, dass sich ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür entwickelt, dass (Wohn-)fläche ein wertvolles Gut ist. Der kritische Blick auf die Quadratmeterzahl der eigenen Wohnung sind gewiss als Teil eines (Klima) bewussten Lebensstils zu sehen – doch die Frage danach, wie viel Wohnraum genug ist, sollte nicht nur individuell gestellt werden. Vielmehr sollte der Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerichtet werden, die zu einem fehlenden „Bodenbewusstsein“ (Enbergs 2005: 209) und gleichzeitig zu dem Paradox des oft unfreiwilligen flächensparenden Wohnens von Menschen mit geringem Einkommen führen. Ziel einer sozial-ökologischen Wohnraumpolitik ist es daher, die Verteilungsmechanismen des (bestehenden) Wohnraums zu hinterfragen und neu zu justieren.

Ein individuelles Flächenbewusstsein, das durch Sensibilisierungsangebote (besonders für alleinstehende Senior*innen, Stichwort Remanenzeffekt) sicherlich gefördert werden könnte, kann allenfalls ein kleiner Baustein in der Frage nach den Umverteilungsanreizen sein. Denn oft scheitert ein Umzug an zu hohen Mietkos-

ten bei Neuanmietung. Weitaus wichtiger ist es, flächensparendes Wohnen durch konkrete Strukturen zu fördern: Auf kommunaler Ebene könnten Verwaltungen Wohnungstauschplattformen oder Aktionsstellen zur effizienten Wohnraumnutzung schaffen. Zudem gilt es, alternative Wohn- und flexible Nutzungskonzepte zu fördern, um Wohnraum stärker gemeinschaftlich und damit geteilt zu nutzen. Der Trend (noch immer) steigender Wohnfläche pro Person könnte durch suffizienzorientierte Maßnahmen wie diese abgemildert werden. Doch auch hier gilt: Der eigentliche Elefant im Raum wird bei diesen Ansätzen ausgespart. Es braucht auf staatlicher Ebene wirkungsvolle Instrumente der Wohnflächenbegrenzung. Konkret: Große Haushalte sollten bei der Neuvermietung gegenüber kleinen Haushalten bevorzugt werden. Zudem könnte ein steuerlicher Anreiz gesetzt werden, zum Beispiel über eine verbindliche Wohnflächenabgabe für besonders große Wohnflächen pro Person oder über eine (auch wohnflächenabhängige) Besteuerung des bewohnten Eigentums (vgl. Schweizer Eigenmietwert). Als noch schärferes Schwert könnte ein Verbot des Wohnens oberhalb von Maximalwohnflächen via Ordnungsrecht geschaffen werden. Bisher wirken solche Obergrenzen sozial ungleich: Lediglich Menschen im SGB-II-Bezug müssen Rechenschaft darüber ablegen, ob ihre Wohnung „angemessen“ ist. Für einen Zwei-Personen-Haushalt bedeutet das, dass die Wohnung nicht größer als 65 m² sein sollte. Zum Vergleich: Die bundesdurchschnittliche Wohnungsgröße, die von einem Zwei-Personen-Haushalt bewohnt wird, liegt bei 99 m² Wohnfläche. Ob und wie umverteilungsorientierte Ansätze umgesetzt und kontrolliert werden könnten, ist bisher kaum wissenschaftlich untersucht und noch viel weniger öffentlich debattiert. Ist die Angst vor dem Verlust gesellschaftlicher Privilegien zu groß?

ABBAU VON DISKRIMINIERUNG BEI DER WOHNRAUMVERSORGUNG

Wird sozialökologische Gerechtigkeit in den Vordergrund der Wohnraumpolitik gestellt, geht es darum, alle mit gutem und ökologischem Wohnraum zu versorgen. Denn angemessener Wohnraum ist ein Menschenrecht³, auch wenn steigende Wohnungslosenzahlen und prekäre Wohnverhältnisse bei gleichzeitig abschmelzendem Sozialwohnungsbestand in Deutschland aktuell das Gegenteil vermuten lassen. Um dem entgegenzuwirken, müssen vor allem jene unterstützt werden, die aufgrund geringer finanzieller Ressourcen oder aufgrund von (multipler) Diskriminierung keinen oder keinen guten und ökologischen Wohnraum bewohnen. Im Jahr 2018 lebten mehr als 40.000 Menschen auf der Straße. Fast 640.000 weitere Menschen waren wohnungslos und lebten beispielsweise in Unterkünften, Ho(s)tels oder bei Freund*innen (bpb 2021). Doch klimafreundlich bedeutet

³ Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des in Artikel 11 Absatz 1 des UN-Sozialpaktes festgeschriebenen Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard.

nicht, ungewollt wenig oder keinen Wohnraum zur Verfügung zu haben!

Es geht darum, Wohnen als Teil der sozialen Infrastruktur zu verstehen. Das bedeutet, bedingungslos Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen (Housing First) und den Zugang aller Menschen - unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder Beschäftigungssituation - zu sozialer Sicherung zu ermöglichen und sicherzustellen. Durch eine Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und der Antidiskriminierungsstellen sollten Menschen zudem stärker vor rassistischen und anderen Formen von Diskriminierung geschützt und bei der Wohnraumsuche unterstützt werden. Darüber hinaus ist die Ausweitung des Bestands an (tatsächlich und langfristig) sozialem, gemeinschaftlich verwaltetem oder kommunal verfügbarem Wohnraum zentral. Der - beispielsweise durch Vergesellschaftung geschaffene - Wohnraum kann damit nicht nur von multipler Diskriminierung und Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden, sondern auch nicht profitorientiert vermietet werden. Dies wiederum ermöglicht eine flächensuffiziente und klimaschonende Umgestaltung und Vermietung (vgl. Konzeptwerk Neue Ökonomie 2022).

Ähnlich wie beim Wohnflächenverbrauch leben auch beim Energieverbrauch insbesondere diejenigen Menschen, die von Armut und Diskriminierung betroffen sind, oft gezwungenermaßen klimafreundlich. Bereits 2021, also vor dem starken Anstieg der Heizkosten seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, konnten es sich 2,6 Millionen Menschen in Deutschland nicht leisten, ihren Wohnraum angemessen zu heizen (Statistisches Bundesamt 2022). Doch dies ist nur eine Facette von sogenannter Energiearmut: Menschen in ärmeren Haushalten wohnen seltener in energetisch sanierten und mit energieeffizienten und nicht-fossilen Heizungsarten ausgestatteten Wohnungen, obwohl dies mit geringeren Heizkosten einhergehen würde. Im Gegenteil: Studien zeigen, dass energetische Modernisierungen zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte führen (Großmann 2020). Um einen gerechten Zugang zu energieeffizientem Wohnraum zu gewährleisten und gleichzeitig die Sanierungsrate voranzutreiben, braucht es dringend neue Modelle der Kostenteilung. Dass energetische Anpassungen nicht mit Mehrkosten für die Mieter*innen einhergehen dürfen, zumal diese keine Einflussmöglichkeiten auf die Heizungsart in ihrer Wohnung haben, liegt dabei eigentlich auf der Hand (Mieter:innen For Future 2023). Vorschläge wie das Drittelmodell müssen schnellstmöglich geprüft und umgesetzt werden, um weitere Verdrängung und Deprivation zu vermeiden (Mellwig und Pehnt 2021). Nur so kann der ökologische Umbau des Bestandes auch sozial umgesetzt und in seiner ambitionierten Zielsetzung von der Gesellschaft mitgetragen werden.

Anmerkung: Dieser Text beruht vollständig auf dem Artikel „Umverteilung statt Neubau. Skizze einer sozialökologischen Wohnungspolitik“, erschienen in Aus Politik und Zeitgeschichte 51/51 2022. Umfangreiche Ausführungen und Quellenangaben sind dort zu finden.

Literaturverzeichnis:

- Abriss-Moratorium: Offener Brief Abriss-Moratorium. 2022 Online: abrissmoratorium.de/ (aufgerufen am 11.09.2023)
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung): Umweltfußabdruck von Gebäuden in Deutschland. 2020, S. 17.
- bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Wohnungslosigkeit. 2021 Online: bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61797/wohnungslosigkeit/ (aufgerufen am 11.09.2023).
- Enbergs, Claus: Bodenbewusstsein als Strategie zur Reduktion des Flächenverbrauchs? 2005, S. 209-213.
- Fuhrhop, Daniel: Verboten das Bauen. 2015.
- Großmann, Katrin: Gebäude-Energieeffizienz als Katalysator residentieller Segregation: Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“. 2020, S. 199-210.
- Henger, Ralph; Schröter-Schlaack, Christoph: Designoptionen für den Handel mit Flächenausweisungsrechten in Deutschland. 2008.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie: Bausteine für Klimagerechtigkeit: Gerechte Wohnraum-Verteilung. 2022.
- Lebuhn, Henrik; Holm, Andrej; Junker, Stephan; Neitzel, Kevin: Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. 2017, S. 12.
- Mellwig, Peter; Pehnt, Martin: Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen. 2021. Mieter:innen for Future (2023): Das Heizungsgesetz – nicht ohne uns Mieter:innen! Online: <https://mieterinnenforfuture.org/2023/09/08/wir-sind-mieterinnen4future/> (aufgerufen am 11.09.2023).
- Statistisches Bundesamt: 2,6 Millionen Menschen konnten 2021 aus Geldmangel ihre Wohnung nicht angemessen heizen. 2022. Online: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_No63_639.html (aufgerufen am 11.09.2023).
- UBA (Umweltbundesamt) Wohnfläche. 2021. Online: www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/wohnflaeche#zahl-der-wohnungen-gestiegen (aufgerufen am 11.09.2023).
- Wuppertal Institut: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. 2020.



Anton Brokow-Loga

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar. Er beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit Postwachstums- und Demokratisierungspolitiken in der Stadtplanung. Zudem ist er parteiloser Stadtrat in Weimar.

Foto: Bauhaus Uni Weimar



Miriam Neßler

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin und am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund (ILS Research). Sie forscht und lehrt an der Schnittstelle von Stadt- und Migrationsforschung und beschäftigt sich aktuell mit Ankunftsräumen und Bedingungen für gesellschaftliche Teilhabe.

Foto: ils

Die Wohnungsnot in Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einer großen Herausforderung entwickelt. Nicht nur in Großstädten ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum äußerst besorgniserregend und belastet viele Bürgerinnen und Bürger. Die derzeitige Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist das Resultat einer Vielzahl von Faktoren, darunter steigende Mieten, anhaltender Urbanisierungstrend oder unzureichende Bautätigkeit. Trotz des ambitionierten Ziels der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu errichten, bleibt die Realisierung dieses Vorhabens in Anbetracht der aktuellen politischen Situation, baulicher sowie regulatorischer Hürden eine Herausforderung. Die menschlichen Auswirkungen dieser Krise sind tiefgreifend, und sie betonen die Notwendigkeit, effektive Lösungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu finden. In Deutschland sind die großen Kirchen nach wie vor bedeutende Eigentümer einer Vielzahl von Immobilien. Doch diese Position ist durch eine Reihe von Faktoren bedroht, die eine Neubewertung ihrer Immobilienstrategie unumgänglich machen. Ein Hauptgrund dafür ist der stetige Rückgang der Kirchenmitglieder, der eine direkte Auswirkung auf die Kirchensteuereinnahmen hat. Diese Einnahmen sind eine wichtige Finanzierungsquelle für den Unterhalt und die Instandhaltung der Immobilien, die oft mit erheblichen Kosten verbunden sind. Vor diesem Hintergrund sieht sich auch die katholische Kirche in Deutschland mit der Notwendigkeit konfrontiert, bis zum Jahr 2060 voraussichtlich etwa ein Drittel ihrer Immobilien zu verkaufen.

Kirchliche Grundstücke sind in der Regel zentral gelegen und fast immer leicht zugänglich. Bei der Umgestaltung oder Wiederverwendung dieser Grundstücke sind viele Beteiligte involviert: die Pfarrgemeinde, insbesondere der Kirchenvorstand, Vertreter der Diözese, möglicherweise Bauunternehmen und Investoren, die eine kommerzielle Nutzung des Grundstücks in Betracht ziehen. Die Überlegung, wie das Grundstück am effektivsten wirtschaftlich genutzt werden kann, sollte jedoch nicht das einzige Kriterium für seine zukünftige Verwendung sein. Die Kirche hat schon immer eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten und der Unterstützung von Bedürftigen gespielt. Dieses Engagement wird in Zeiten zunehmender Armut und Wohnungsnot besonders relevant. Hier setzt das Projekt „*Alternative Wohnkonzepte*“ des SKM Bundesverband e.V. an.

Gefördert wird das Projekt durch die Glücksspirale.

Das Hauptziel des Projekts besteht darin, bereits bestehende soziale Wohnprojekte zu sammeln und systematisch auszuwerten. Es sollen Schnittmengen erkannt werden und hieraus Schlussfolgerungen für eine allgemeine Übertragbarkeit in zukünftige Projekte abgeleitet werden. Zunächst konzentrierten wir uns auf die Recher-

che von bereits bestehenden Wohnprojekten. Wir haben die verschiedenen alternativen Wohnformen innerhalb der verbandlichen Caritas identifiziert, diese persönlich besucht und gründlich analysiert. Die Ergebnisse wurden in Form dokumentiert und in Form von fünf Modellprojekten verschriftlicht. In einer zweiten Phase wurde ein onlinebasierter Fragebogen für innovative Wohnprojekte entwickelt, der tiefgreifende Informationen der Projekte ins Auge genommen hat. In einer letzten Phase werden die gesammelten Erkenntnisse im nächsten Jahr verschriftlicht und den Einrichtungen sowie Trägern der verbandlichen Caritas zugänglich gemacht. Während der verschiedenen Phasen des Projekts werden kontinuierlich neue Vorhaben evaluiert und bei Eignung in das Portfolio der bestehenden Modellprojekte integriert.

Im Rahmen des oben beschriebenen Projektes wurden bereits mehrere Modellprojekte evaluiert und implementiert. Diese Projekte dienen als Vorzeigemodelle für die effektive Nutzung kirchlicher Immobilien und Liegenschaften, um die drängende Herausforderung des Wohnungsnotstandes entgegenzuwirken.

ÜBERSICHT EINIGER MODELLPROJEKTE

"Die kirchliche Wohnrauminitiative" – Diözese Rottenburg-Stuttgart

<https://www.caritas-rottenburg-stuttgart.de/was-wir-tun/wohnrauminitiative>

Die kirchliche Wohnrauminitiative der Diözese Rottenburg-Stuttgart adressiert das Problem des knappen Wohnraums in der Region Ulm-Alb-Donau. Das Projekt "Türöffner" zielt darauf ab, private Vermieter, insbesondere ältere Menschen in Kirchengemeinden, dazu zu bewegen, ungenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Initiative fungiert als Vermittler zwischen diesen Vermietern und Menschen, die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben, wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen. Die Projektkoordination unterstützt Vermieter bei der Vertragserstellung und Abrechnung und hilft bei der Auswahl geeigneter Mieter. Ziel ist die Schaffung langfristiger Mietverhältnisse. Die Initiative ist in allen zehn Caritas-Regionen der Diözese aktiv und kooperiert oft mit Dekanaten, Seelsorgeeinheiten, Kommunen und Landkreisen.

Finanzielle Unterstützung erhält das Projekt durch den Förderfonds "Bezahlbarer Wohnraum" der Diözese, der mit fast 11 Millionen Euro ausgestattet ist. Für die "Kirchliche Wohnrauminitiative" stehen von 2019 bis 2023 fünf Millionen Euro zur Verfügung. Die Initiative stellt somit einen proaktiven Ansatz dar, um die Wohnraumproblematik in der Region systematisch anzugehen.

"Fachstelle Wohnraumakquise" – München

<https://kmfv.de/wer-wir-sind/unterstuetzen/fachstelle-wohnraumakquise/>

Die Fachstelle Wohnraumakquise des Katholischen Männerfürsorgevereins (kmfv) in München vermittelt wohnfähige Obdachlose in bezahlbare Wohnungen. Es gibt zwei Ansätze: Direkte Vermietung an den Wohnungssuchenden oder an den kmfv, der als Garant fungiert. Die Zielgruppe umfasst Einzelpersonen, Paare und Familien mit positiver Mietfähigkeitsprognose. Die Fachstelle bietet sozialorientierte Hausverwaltung, die Konflikte minimiert und individuelle Unterstützung bietet. Vorteile für Vermieter sind hohe Mietsicherheit und ein kompetentes Betreuungsteam. Die Erzdiözese München und Freising stellte € 900.000 zur Verfügung, hauptsächlich für einen Notfallfonds. Dieser unterstützten Menschen in prekären finanziellen Lagen, die akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Die Mittelvergabe erfolgt durch ein Gremium und richtet sich nach einer Bedürftigkeitsprüfung. Die Fachstelle wird vom Bayerischen Staatsministerium gefördert.

"de Flo" – SKM Köln

<https://www.skm-koeln.de/beschaeftigungshilfe-de-flo/>

Die Zielgruppe der Beschäftigungshilfe des SKM Köln umfasst Menschen mit sozialen Schwierigkeiten gemäß § 67 SGB XII. Diese Personen sind oft wohnungs- oder arbeitslos und befinden sich in komplexen Lebenslagen. Das Teilkonzept „Wohnen“ hat 37 neue Wohnräume für Menschen mit psychischen und/oder Suchtproblemen sowie für schützbedürftige Geflüchtete geschaffen. Das Teilkonzept „Begegnung“ bietet einen Gemeinschaftsraum und Café für Anwohner und Interessierte. „DE FLO“ ist das Beschäftigungsteilkonzept, das bis zu 57 langzeitarbeitslosen Menschen Tagesstruktur und sinnvolle Arbeit bietet. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenkapital und gemischte Finanzierung, wodurch 2020 Wohnraum zu einem Quadratmeterpreis von 6,80 € angeboten werden konnte. Der Fokus liegt auf der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in einem aufgewerteten Stadtteil Kölns.

"Housing First" – Berlin

<https://skf-berlin.de/offene-sozialarbeit/wohnungslose-frauen/housing-first-fuer-frauen/>

Housing First ist ein Berliner Programm, das Obdachlosen direkt eine Wohnung bietet, ohne Vorbedingungen wie Therapie oder Schuldenregulierung. Die Selbstbestimmung der Betroffenen steht im Vordergrund. Das Konzept folgt acht Grundprinzipien, darunter Wohnen als Menschenrecht und Wahlfreiheit. Das Projekt wird vom Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin durchgeführt und hat bereits 34 Frauen eine Wohnung vermittelt. Zusätzlich gibt es Unterstützungsangebote durch Sozialarbeiterinnen. Seit 2018 wurden insgesamt 119 Wohnungen vermittelt, der Bedarf bleibt hoch. Für 2022 und 2023 sind 6,1 Millionen Euro zur Ausweitung des Projekts geplant. 2022 wurde ein Bundesverband gegründet, um Qualitätsstandards zu setzen und politische Verhandlungen zu führen.

HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

Die Umsetzung kirchlicher Wohnrauminiciativen und ähnlicher Modellprojekte ist ein komplexer Prozess, der oft zahlreiche Gespräche und Abstimmungen mit verschiedenen Akteuren erfordert. Neben der Sicherstellung der Finanzierung sind auch rechtliche und soziale Aspekte zu berücksichtigen. Insbesondere der Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden und die Integration der Projekte in bestehende soziale und städtische Strukturen stellen große Herausforderungen dar.

Die erfolgreiche Implementierung dieser Wohnprojekte ist daher nur durch eine enge und effektive Zusammenarbeit mit den Kommunen, Anwohnern und kirchlichen Trägern möglich. Durch diese kooperative Herangehensweise können maßgeschneiderte Lösungen entwickelt werden, die den spezifischen Bedürfnissen und Gegebenheiten der jeweiligen Region gerecht werden. So wird nicht nur Wohnraum geschaffen, sondern auch ein Beitrag zur sozialen Kohäsion und zur Verbesserung der Lebensqualität der betroffenen Menschen geleistet.

FAZIT UND AUSBLICK

Die bisherigen Modellprojekte haben gezeigt, dass die Nutzung kirchlicher Liegenschaften für soziale Zwecke nicht nur möglich, sondern äußerst sinnvoll ist. Sie bieten einen wertvollen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und stehen im Einklang mit den Grundwerten der kirchlichen Soziallehre.

Die kontinuierliche Evaluierung und Auflistung kirchlicher Wohnrauminiciativen sind wichtige Bestandteile zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Deutschland. Sie leisten zudem einen signifikanten Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder Migranten.

Die offene Darstellung von Modellprojekten - inklusive der Herausforderungen, Probleme und Lösungsansätze - kann Hemmschwellen für neue Wohnrauminiciativen abbauen. Indem Prozesse und Erfahrungen transparent gemacht werden, können Interessierte leichter abschätzen, was auf sie zukommt. Dies fördert die Entstehung neuer Initiativen und hilft, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu verringern.

Für weitere Informationen bitten wir den Autor zu kontaktieren.



Manfred Höges

Studium der Sozialarbeit und Sozialwirtschaft, vielfältige Arbeitserfahrungen in der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, in Jugend- und Eingliederungshilfen, Heute u.a. Berater für Männer, die mit persönlichen Krisen oder gewalttätigem Verhalten zu kämpfen haben.

Foto: skm

"Die Suche nach der Nadel im Heuhaufen während eines perfekten Sturms": Angemessener und bezahlbarer Wohnraum für Familien

Ulrich Müller, KSD

Die hohe Bedeutung von adäquatem Wohnraum für Familien durften wir an dieser Stelle bereits einmal ausführen (vgl. SdF 06/2013). Damals wie heute gilt: Familiengerechter Wohnraum stellt eine Rahmenbedingung erfolgreicher Familienarbeit dar, besitzt als soziologischer Bestimmungsfaktor eine gesellschaftsstabilisierende Wirkung und trägt einen maßgeblichen Teil zu einem sicheren, sorgenfreien Aufwachsen und gelingender (christlicher) Wertevermittlung bei – all dies Funktionen des Wohnens, die noch immer häufig übersehen werden. Das Zuhause als geschützter Rückzugsort zur Erfüllung lebenswichtiger Bedürfnisse wie Schlaf/Ruhe, Intimität, Gemeinschaft, die sichere Aufbewahrung der eigenen Habseligkeiten ist elementarer Bestandteil zur Entfaltung der Persönlichkeit und wichtiger Aspekt der menschlichen Würde, wie nicht zuletzt auch von Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* hervorgehoben wurde¹.

Bezüglich angemessenen Wohnraums für Familien bestehen besondere Bedürfnisse an Wohnung und Wohnumfeld, bauliche und infrastrukturelle Notwendigkeiten, welche die von Familien nachgefragten Wohnungen von denen Alleinstehender abheben: Erhöhter Flächen- und Zimmerbedarf, Barrierearmut, Zugang zu Freiflächen wie Spiel- und Ballplätzen (ggf. auch ein eigenes Gartestück), Nähe zu Schulen bzw. Kinderbetreuungsangeboten, Verkehrsberuhigung bei dennoch guter Anbindung an den ÖPNV etc.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

In Anbetracht dieser Anforderungen, der größeren Standortgebundenheit und dem erhöhten Platzbedarf wird adäquater Wohnraum für Familien schnell synonym mit dem Eigenheim – auch und immer noch bedingt durch die Marktumstände: Bezahlbare, familiengerechte Mietwohnungen sind insbesondere in Wachstumsregionen, Großstädten und zentrumsnahen Lagen knapp. Familien sind jedoch als vergleichsweise kleine Nachfragegruppe für Investoren wenig attraktiv, große Wohnungen gelten als kaum wirtschaftlich realisierbar. Die Neubauvorhaben der vergangenen Jahre waren zumeist auf eine gewinnbringende Klientel und kleine Wohneinheiten ausgerichtet.

Hinzu kommen nun die besonderen Umstände einer von den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine geprägten Baubranche: Lieferengpässe und Fachkräftemangel, gestiegene Bau- und hohe Baunebenkosten sowie die – nach einer vergleichsweise günstigen Phase – massiv verschlechterten Kreditbedingungen. Der Situation nicht zuträglich sind die unsichere Förderkulisse und die – durchaus notwendigen – gestiegenen

energetischen Anforderungen an den Gebäudesektor. Die aktuellen Förderangebote des Bundes wie etwa das KfW-Programm "Wohneigentum für Familien" (300) sind kaum dazu geeignet, Familien mit geringem Einkommen den Schritt ins Wohneigentum zu erleichtern. Selbst mit zinsgünstigen Darlehen werden die wenigsten Familien das Eigenkapital aufbringen können, um Neubau oder Bestandserwerb zu stemmen.

KSD e.V.: Bauen mit Verantwortung

Der KSD Katholische Siedlungsdienst e.V. bildet den Dachverband der katholischen und kirchlich orientierten Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Deutschland. Die KSD-Mitgliedsunternehmen können auf eine lange Tradition und umfängliche Erfahrung verweisen, wenn es um Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen und Personen mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt geht. Sie setzen sich – gegründet auf die katholische Soziallehre und den Grundsatz der Subsidiarität – traditionell für die Förderung von Eigentum für Familien ein und befürworten die Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum als wichtigen Beitrag zu Vermögensbildung und Altersversorgung.

Vielfach vergeben die kirchlichen Siedlungswerke Wohnraum nach sozialen Kriterien an Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen und gewähren Nachlässe für Familien mit Kindern, wobei schon in der Bauplanung deren besondere Bedürfnisse berücksichtigt werden. Doch auch für die KSD-Mitgliedsunternehmen, die ihre Erlöse nur sehr begrenzt ausschütten und die erwirtschafteten Beträge in Modernisierungen oder den Neubau von Wohnungen für den eigenen Bestand reinvestieren, muss bei der Planung neuer Vorhaben die Wirtschaftlichkeit gegeben sein. Mit Blick auf die aktuell unsichere Wirtschaftslage – schlechte Finanzierungsbedingungen bei gestiegenen Kosten – haben Wohnungsunternehmen deutschlandweit ihre Neubauprogramme evaluiert, Projekte verschoben oder auf Eis gelegt², ein deutlicher Einbruch bei der Bautätigkeit 2022/23 und sogar bis 2025 ist (europaweit) zu erwarten³. Auch viele KSD-Mitgliedsunternehmen sahen sich genötigt, geplante Vorhaben zu verschieben und widmen sich derzeit vorrangig energetischen Sanierungen, um den eigenen Bestand zukunftssicher für den Klimaschutz aufzustellen.

Politische Zielmarken

² Die im GdW organisierten Wohnungsunternehmen investierten 2022 rund 19,5 Mrd. Euro in Bewirtschaftung und Neubau von Wohnungen, rund 4,3 Prozent weniger als im Vorjahr – vgl. GdW-Jahresstatistik 2022/23.

³ Vgl. hierzu Berechnungen des ifo Instituts (PM 2023-07-19 sowie aktuell PM 2023-09-12 zur Stornierungswelle im Wohnungsbau), wonach in Europa bis 2025 weniger Wohnungen fertiggestellt werden sollen, in Deutschland konkret ein Rückgang von 32 Prozent zu erwarten sei.

Das zu Beginn der Legislaturperiode vom neu geschaffenen Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ausgerufene Neubauziel von 400.000 Wohnungen jährlich wurde Anfang des Jahres von Bundesministerin Geywitz in die Zukunft verlagert – frühestens 2024 und 2025 könne man an diese Marke herankommen⁴. Damit trägt die Bundesregierung den verschlechterten Rahmenbedingungen Rechnung, spricht jedoch nur aus, was die Branche längst warnend verkündet hatte. Der KSD wies bereits im Frühjahr 2022 gegenüber dem Ministerium darauf hin, nicht nur die angepeilten Neubauzahlen der Bundesregierung, sondern auch die Ziele im Bereich der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden als äußerst gefährdet zu betrachten. Grund war schlichtweg die immobilienwirtschaftliche Lage, welche die gesamte Branche trifft. Auch die neuesten Zahlen der Jahresstatistik des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. GdW vom Juli 2023 zeigen die Krise des Wohnungsbaus in Deutschland mit weiter steigenden Bau- und Modernisierungskosten. Realistisch betrachtet können neu errichtete Wohnungen angesichts der Kosten- und Zinssituation aktuell kaum für unter rd. 18 Euro/qm errichtet bzw. vermietet werden.

Ferner stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der von der Politik aufgestellten Zielmarke: Mehr Wohnungsbau bedeutet immer auch mehr CO₂-Ausstoß, mehr Rohstoffverbrauch, mehr Flächenversiegelung. Der pauschale Ruf nach „mehr Bauen“ ist daher nicht unbedingt die richtige Antwort, zumal mit Blick auf den Klimaschutz; es braucht vielmehr die passgenaue Schaffung von mehr geförderten Wohnungen in den angespannten Wohnungsteilmärkten sowie in Bezug auf bestimmte Zielgruppen, z. B. eben Familien.

MÖGLICHKEITEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

So bietet sich etwa das Modell „Jung kauft Alt“ an, bei der Gemeinden junge Familien beim Erwerb von Bestandsimmobilien zur Selbstnutzung unterstützen – mit Gewinn für beide Seiten: Das Modell fördert die Innenraumentwicklung und beugt dem sogenannten "Donut-Effekt" vor, indem Zentren neu belebt werden anstatt im Außenbereich Satellitensiedlungen zu errichten.

Darüber hinaus ist die Wirtschaftlichkeit vieler Bauvorhaben schlichtweg nicht mehr darstellbar – zumindest für die Zielgruppe der kirchlichen Wohnungsunternehmen, die sich mit ihren Projekten hauptsächlich an das mittlere bis untere Preissegment richtet. Wenn für diese Adressaten – Familien, Senioren, Alleinerziehende, Menschen mit kleinem Geldbeutel – zu den aktuellen Konditionen nicht mehr gebaut werden kann, ist das verheerend, nicht nur für die Ziele der Bundesregierung, sondern

4 Vgl. Berichterstattung Tagesschau, 2023-01-23. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/geywitz-wohnungsbauziel-101.html>

auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft⁵. Was bedeutet das für die Frage nach bezahlbarem Wohnraum für Familien? Überspitzt formuliert könnte man raten: Augen auf bei der Eltern- und Schwiegerelternwahl! Denn nur mit dem nötigen Kleingeld – sprich Eigenkapital – erscheint die Eigentumsbildung noch möglich. Doch im Ernst: Aktuell stellt sich tatsächlich die Frage, welche Maßnahmen in der aktuellen Situation mit multiplen Herausforderungen wirksame Unterstützung bieten und inwiefern der Wohnungsmarkt von politischer Seite überhaupt beeinflusst werden kann, wenn eine angebotsorientierte Politik insbesondere in Wachstumsregionen an ihre Grenzen stößt. Seitens der Politik wäre etwa ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer, einem der größten Kostentreiber bei der Schaffung von Wohneigentum, für den erstmaligen Erwerb von Wohneigentum durch Familien hilfreich. Von der Mehrzahl der Bundesländer (positive Ausnahmen sind hier Bayern und Sachsen) ist hier in den vergangenen Jahren stark erhöht worden und ein Freibetrag (oder ggf. eine Freigrenze) wäre eine sinnvolle Maßnahme zur Senkung der hohen Erwerbsnebenkosten.

Um Hilfestellung für Familien auf der Suche nach adäquatem Wohnraum zu leisten, muss allen voran das maßgebliche Problem fehlenden Eigenkapitals angegangen werden: Der Erfahrung nach sind Familien durchaus in der Lage, die monatlichen Belastungen für Zins und Tilgung zu leisten, doch fehlt es ihnen am Eigenkapital, das insbesondere in der vergangenen Niedrigzinsphase kaum anzusparen war.

Um diese Hürde zu überwinden, bietet sich etwa ein Instrument wie das eigenkapitalersetzende Nachrangdarlehen, mit dem die deutschen (Erz-)Bistümer in der Vergangenheit durch ihre (teils vormaligen) Wohnbaufonds sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Die katholischen Wohnungsunternehmen setzen zudem vielfach auf Preisnachlässe für Familien (z. T. gestaffelt nach Zahl der Kinder), um Unterstützung auch für Mehrkinderfamilien mit hohen Lebenshaltungskosten zu leisten.

Um wiederum den Wohnungsunternehmen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für breite Schichten der Gesellschaft zu ermöglichen, braucht es vor allem eine verlässliche, auskömmliche Förderung.

5 Wohin dies führen kann, zeigt sich bereits in anderen europäischen Metropolen: In der Londoner Innenstadt schließen vermehrt Schulen, die sich aus Schülermangel nicht mehr finanzieren können – Familien können sich das Leben dort nicht mehr leisten und ziehen fort, vgl. NDR info. <https://www.ardaudiothek.de/episode/die-korrespondenten-in-london/zu-teuer-fuer-familien/ndr-info/94587952/>

Auch wenn das Delta zwischen wirtschaftlichem Bauen und sozial vertretbaren Mieten aktuell kaum realistisch durch eine Förderung zu schließen ist, ist diese doch grundsätzlich unerlässlich, um überhaupt in den Bereich sozialverträglicher Mieten vorzustoßen. Dafür braucht es nicht die komplizierte Einführung einer "Neuen Wohngemeinnützigkeit" (NWG), deren sinnvolle und finanzierbare Umsetzbarkeit sich im Dialogprozess des BMWSB zweifelhaft gezeigt hat. Die Schaffung und Sicherung bezahlbaren, qualitätvollen Wohnraums ist Teil des Selbstverständnisses der KSD-Mitgliedsunternehmen, die seit ihrer Gründung kontinuierlich zeigen, wie es geht. Aus unserer Sicht bedarf es daher nicht notwendigerweise der Etablierung einer NWG, sofern die bestehenden Instrumente – Belegungsrechte, Sozialbindung – sinnvoll genutzt und ergänzend zur sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden. Verlässliche Förderung und auskömmliche Finanzierung sind die Pfeiler, auf denen die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und sicheren Eigentums ruht; nur mit diesen Werkzeugen besteht eine Chance, nach Beruhigung des derzeitigen "perfekten Sturms" wieder familiengerechten Wohnraum sicher, bezahlbar und nachhaltig realisierbar zu machen – auch für Familien ohne reiche Verwandte.



Ulrich Müller

ist Geschäftsführender Vorstand des KSD Katholischer Siedlungsdienst e.V.

Foto: pax-bank

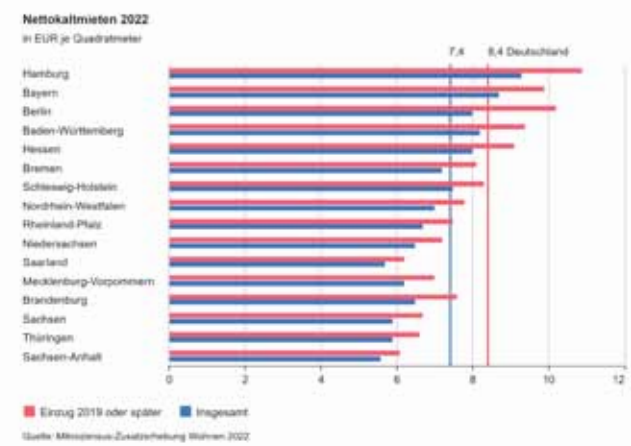
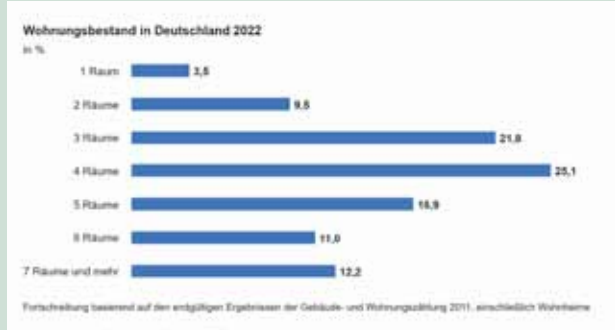
Zahlen Daten



42 %
Eigentumsquote

27,8 %
Durchschnittliche Mietbelastungsquote

55,5 m²
Durchschnittliche Wohnfläche je Person



alle Daten und Graphiken sind vom: Statistischen Bundesamt www.destatis.de

KINDERGRUNDSICHERUNG – VON BEGRIFFLICHEN VERÄNDERUNGEN KÖNNEN SICH FAMILIEN NICHTS KAUFEN

Nach der heutigen Verabschiedung der Kindergrundsicherung im Kabinett hält der Familienbund der Katholiken eine Verbesserung des Entwurfes im weiteren Gesetzgebungsverfahren für dringend erforderlich. Nachdem das Ziel der Leistungsverbesserungen für Familien weitgehend aufgegeben wurde, ist es fraglich, ob der Entwurf überhaupt das Mindestziel einer gelungenen Verwaltungsreform erreicht.



Foto: Adobe Stock

Berlin, 27. September 2023. Der Präsident des Familienbundes der Katholiken, Ulrich Hoffmann, sieht das bisherige Ergebnis kritisch. „Ich sehe wenig Neues unter neuem Namen und keine wirkliche Situationsverbesserung für armutsbetroffene Kinder und Familien. Ich fürchte, dass der Gesetzentwurf in der Praxis nicht einhalten kann, was er verspricht. Für die Verbesserung der Chancen und Teilhabe aller Kinder sollte die Kindergrundsicherung die ‚umfassendste sozialpolitische Reform seit vielen Jahren‘ werden. Davon ist im bisherigen Entwurf wenig zu lesen. Hier fehlen maßgebliche Leistungsverbesserungen, eine echte Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder, sowie eine niedrigere Abschmelzrate und eine Anhebung der Sätze in allen Altersgruppen beim Kinderzusatzbetrag. Bisher ist bei der Verwaltungsreform viel Umstellung, aber wenig Vereinfachung und teilweise sogar eine Verkomplizierung festzustellen. Denn Familien müssen weiterhin zu verschiedenen Behörden, um ihre Hilfeleistungen zu beantragen.“

Der Familienbund betont, dass es richtig ist, dass sich die Regierung eine bessere Unterstützung einkommensschwächerer Familien und eine Vereinfachung der familienpolitischen Leistungen vorgenommen hat. Ulrich Hoffmann ist aber nicht überzeugt, dass die Regierung bereits eine gute Lösung zur Erreichung dieser Ziele gefunden hat: „Im Moment besteht der Eindruck, dass eine umfangreiche Umetikettierung bisheriger Regelungen und größere Umstellungen auf der Verwaltungsebene vor allem dazu dienen, symbolische Veränderungen herbeizuführen und den eigentlich geringen Gehalt der Reform zu überdecken.“

Ausgehend vom zur Verfügung stehenden Finanzvolumen wünscht sich Ulrich Hoffmann weniger große Worte und mehr Pragmatismus: „Von rein begrifflichen Veränderungen können sich Familien nichts kaufen. Wahrscheinlich würde man für die Familien mehr erreichen,

wenn man mit dem zur Verfügung stehenden Budget gezielt den bestehenden Kinderzuschlag verbessern würde. Hier könnte man die Voraussetzungen und das Antragsverfahren vereinfachen, den Zahlbetrag erhöhen und durch eine reduzierte Abschmelzrate dafür sorgen, dass erwerbstätige arme Familien von einem Zuverdienst mehr behalten können und dadurch in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind für eine echte Kindergrundsicherung zu wenig. Konzentriert auf den Kinderzuschlag ließe sich mit dem Geld aber viel für die Familien erreichen, die den dringendsten Bedarf haben.“

Da hinsichtlich des Ziels der Verwaltungsvereinfachung innerhalb der Regierung Einigkeit besteht, ruft Ulrich Hoffmann dazu auf, die plausibel vorgetragene Kritik der Länder und Kommunen ernst zu nehmen und gemeinsam an einer überzeugenden Lösung für Familien zu arbeiten: „Die Regierung sollte sich die für eine gute Umsetzung erforderliche Zeit nehmen, damit nicht neue Probleme geschaffen werden.“

INTERVIEW ZUM THEMA KLIMAGERECHTIGKEIT MIT ULRICH HOFFMANN

Berlin, 14.09.2023

1. Warum beschäftigt sich der Familienbund mit Klimafragen? Ist das nicht eher ein Thema für die Umweltverbände?

Ich bin froh und dankbar, dass Umweltverbände und besonders die Bewegung „Fridays for Future“ das Thema mit großer Dringlichkeit vortragen. Als Familienbund ist unser Zugang die Generationengerechtigkeit – es geht darum, die Schöpfung für aktuelle und kommende Generationen zu bewahren, was auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss von 2021 aufgegriffen hat. Alle Generationen benötigen für ein gelingendes Leben Gesundheit, Sicherheit, Demokratie, Chancen in Bildung und Teilhabe und ein Klima, in dem sie leben können. Auch das Thema der sozialen Gerechtigkeit hinsichtlich des Klimawandels ist für den Familienbund wichtig. Gerade Menschen mit wenig Ressourcen leiden am meisten unter den Folgen des Klimawandels, tragen aber kaum dazu bei – das gilt global ebenso wie für Deutschland. Hier gibt es eine soziale Schieflage, die bei der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und seinen Folgen stärker berücksichtigt werden muss. Dafür setzt sich der Familienbund ein.

2. Wie kann eine nachhaltige und sozial gerechtere Gesellschaft gelingen?

Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato si“ dargelegt, dass Klimapolitik immer auch Sozialpolitik ist. Es braucht also entsprechende politische Zielsetzungen und eine Klimapolitik, die soziale Folgen mitbedenkt und thematisiert. Der Expertenrat für Klimafragen hat hier ein schlüssiges Gesamtkonzept für soziale und wirtschaftli-

che Absicherung gefordert. Es sind auch starke Schultern gefragt, um auch diejenigen, die am meisten zum Klimawandel beitragen, stärker in die Verantwortung zu nehmen. Gleichzeitig geht es um große Fragen, um die sich unsere Gesellschaft nicht mehr drücken kann: Wo wollen wir hin? Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Was für ein Leben ist für aktuelle wie für kommende Generation lebenswert? Dabei ist es wichtig, alle mitzunehmen. Das ist keine Auseinandersetzung zwischen den Generationen, sondern betrifft uns alle.

3. Der Klimawandel geht uns alle an – aber was kann man als Einzelne:r angesichts dieser riesigen Aufgabe wirklich tun?

Unbestritten liegt der Löwenanteil der Lösung bei der Politik. Diese tut bisher aber nicht genug. Es braucht ordnungspolitische Vorgaben, wozu auch Gebote und Einschränkungen gehören werden. Zusätzlich muss sich jeder Einzelne fragen, was er oder sie tun kann, denn auch individuelle Zeichen wie der Klimastreik können Druck erzeugen. Auch jede bewusste Entscheidung im Bereich des eigenen Verhaltens und jeder Anstoß, der in der Familie, im Bekanntenkreis oder in einem Verband gegeben wird, tragen zu neuen Werthaltungen bei. Jeder noch so kleine Schritt zählt, aber allein individuell wird diese Herausforderung nicht zu lösen sein, es braucht dafür große Weichenstellungen der Politik.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, dass über die Methoden und Aktionen der „Letzten Generation“ diskutiert werden kann. Ich verstehe sie als einen Aufschrei, der angesichts der viel zu zaghaft agierenden Politik aufrütteln soll. Aus meiner Sicht ist es ein Unding, diese Menschen als „Klimaterroristen“ zu beschimpfen.

4. Gibt es bereits konkrete Forderungen des Familienbunds, was sich mit Blick auf die Klimagerechtigkeit und ein nachhaltiges Leben ändern muss?

Wir stehen im Verband erst am Anfang des Prozesses und entwickeln gerade erst konkrete Positionen. Wichtig ist uns aber insbesondere die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft. Wir müssen weg vom immerwährenden Größer-Schneller-Weiter. Zudem braucht es sozial ausgewogene Maßnahmen, die insbesondere die Kosten der nötigen Klimaschutzpolitik gerecht verteilen. Ein Beispiel dafür ist etwa das noch ausstehende Klimageld. Notwendig ist aber auch ein wirksamer Hitzeschutz. Wir treten zudem für ein Tempolimit auch auf Autobahnen ein und werben für die Einsicht, dass es ohne Veränderungen nicht gehen wird. Dabei ist uns wichtig, dass diese Veränderungen nicht unbedingt unter dem Vorzeichen des Verzichts stehen müssen, sondern wir durch eine Änderung des Lebensstils auch an Lebensqualität gewinnen können.

5. Wie lässt sich angesichts dieser globalen Herausforderung Hoffnung schöpfen, so dass ein Umsteuern gelingt?

Als Christ bin ich immer Optimist und von Hoffnung getragen. Die Welt ist gehalten von einem guten Gott, der Vollendung und nicht Zerstörung im Sinn hat. So habe ich die Vision eines sozial gerechteren, nachhaltigen Zusammenlebens und einer neuen Zeitkultur, in der Menschen die ihnen wichtigen Beziehungen pflegen können und den Gewinn sehen, den Handlungsveränderungen bringen. Ich stelle mir lebenswertere und grünere Städte vor, weniger Lärm durch weniger Verkehr, dadurch mehr Spiel- und Bewegungsraum sowie Aufenthaltsqualität für Kinder, Ältere, im Grunde alle, besseren und bezahlbaren ÖPNV auch in ländlichen Gegenden. Für all das will ich als Präsident des Familienbundes werben. Ich finde, das sind sowohl schöne, wie auch im wahrsten Sinne des Wortes notwendige Ziele, für die sich jeder Einsatz lohnt.

STELLUNGNAHMEN

STELLUNGNAHME ZUM REFERENTENENTWURF DES BMFSFJ ZUM ENTWURF EINES GESETZES ZUR EINFÜHRUNG EINER KINDERGRUNDSICHERUNG UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER BESTIMMUNGEN

Anders, als es die öffentliche Debatte in den vergangenen Monaten zuweilen vermuten lässt, steht der Begriff Kindergrundsicherung nicht für ein klar umrissenes Konzept. Er ist vielmehr ein weit gefasster Sammelbegriff für unterschiedliche Modelle zur finanziellen Absicherung des Kinderexistenzminimums außerhalb der bisherigen Grundsicherungssysteme. Der vorliegende Gesetzentwurf ist hierfür ein weiteres Beispiel. Daher ist es für den Familienbund der Katholiken umso wichtiger, genau hinzuschauen, was sich hinter dem Namen verbirgt.

Es ist ihm auch wichtig darauf hinzuweisen, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung genannten Leistung kein Selbstzweck und auch nicht per se ein Erfolg ist. Sie ist nur dann sinnvoll, wenn sie für armutsgefährdete Familien und Kinder maßgebliche Verbesserungen bringt. Im vorliegenden Gesetzentwurf fällt es jedoch schwer zu erkennen, wo die Verbesserungen für Familien durch die Einführung der Kindergrundsicherung konkret liegen sollen. Sie finden sich keinesfalls bei der Leistungshöhe, insbesondere weil auf eine Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums verzichtet und der Finanzrahmen für diese „umfassendste sozialpolitische Reform seit vielen Jahren“ mit 2,4 Milliarden eng gesteckt wurde. Generell erscheint die Kindergrundsicherung nah am bestehenden Leistungssystem aus Kindergeld und Kinderzuschlag: Das Kindergeld wird zum Garantiebetrug, der Kinderzuschlag geht im zukünftigen Zusatzbetrag auf. Viele Regelungen, die bereits heute beim Kindergeld und beim Kinderzuschlag Anwendung finden, sollen weiter gelten. Es wird also viel Beste-

hendes fortgeführt, wenn auch unter neuem Namen. Der Kernaspekt der Kindergrundsicherung scheint daher im Wesentlichen eine Verwaltungsreform zu sein, so wie es sich seit einiger Zeit als Kompromisslinie der Regierung abgezeichnet hat. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt mit Zweifeln behaftet, ob die Übertragung der Zuständigkeit von den Jobcentern auf den neu geschaffenen Familienservice einen echten Mehrwert für Familien bietet. Es gibt, insbesondere seitens der Länder und Kommunen, teilweise erhebliche Bedenken an der Umstrukturierung, die aus Sicht des Familienbundes bisher nicht hinreichend ausgeräumt wurden. Insbesondere der Wechsel der Zuständigkeit bei der Verwaltung ist möglicherweise durch den Wunsch veranlasst, armutsgefährdete Kinder aus dem von manchen als stigmatisierend empfundenen Bezug von Leistungen nach SGB II bzw. XII herauszulösen. Es ist aber sicherzustellen, dass diese symbolische Veränderung nicht um den Preis handfester Nachteile erfolgt, wenn sich die Verwaltungsumstellung möglicherweise als deutlich problematischer und störanfälliger erweisen sollte, als derzeit von der Regierung erhofft. Um keine Missverständnisse zu erzeugen: Es ist durchaus richtig, die verwaltungsmäßige Abwicklung der Familienleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Es ist aber fraglich, ob die Bundesregierung im Rahmen dieser anspruchsvollen Aufgabe bereits die beste Lösung gefunden hat. Das Ringen um die effizienteste Verwaltungslösung war bisher kein Schwerpunkt der Debatte.

Insgesamt stützt der vorgelegte Gesetzentwurf den Eindruck, dass eine umfangreiche Umetikettierung bisheriger Regelungen und größere Umstellungen auf der Verwaltungsebene vor allem dazu dienen, den Koalitionsvertrag formal zu erfüllen und sowohl den Dissens innerhalb der Bundesregierung und als auch den im Grunde geringen Gehalt der Reform zu überdecken. Bei näherer Betrachtung des Entwurfs stellt sich der Familienbund durchaus die Frage, ob nicht eine beherrzte Reform des bestehenden Systems aus Kindergeld und Kinderzuschlag zu deutlich greifbareren Erfolgen für die armen und armutsgefährdeten Familien geführt hätte. Beispielsweise hätte man beim Kinderzuschlag die bestehenden Mindesteinkommensgrenzen reformieren und die Regelungen zur Abschmelzung und Einkommensanrechnung für Familien günstiger gestalten können. Der vorliegende Entwurf ist demnach auch dort am überzeugendsten, wo er in der Sache eine Reform des Kinderzuschlages darstellt.

Die zentralen Kritikpunkte aus Sicht des Familienbundes der Katholiken sind:

- Keine Neudefinition des Existenzminimums für Kinder: Stattdessen erfolgt nur eine Überarbeitung der Verteilungsschlüssel, die als Neudefinition des Existenzminimums „verkauft“ wird.
- Leistungshöhe des Zusatzbetrages: Diese fällt

(Stand 2023) teilweise niedriger als die bisherige Summe aus dem Kindergeld und dem Kinderzuschlag, Verlaubliche Leistungszuwächse ab Inkrafttreten resultieren aus automatischen Anpassungen, die auch auf den Kinderzuschlag erhöhend gewirkt hätten.

- **Gespaltene Anspruchsinhaberschaft:** Der Garantiebetrag ist richtigerweise ein Anspruch der Eltern. Die Zuordnung des Zusatzbetrags und der BuT-Leistungen zum Kind konterkariert das Ziel der Leistungsbündelung zu „einer“ einheitlichen Leistung.
- **Anrechnung von Einkommen:** Das Festhalten an der Abschmelzrate von 45 Prozent sichert lediglich den Status Quo. Wünschenswert wäre eine deutliche Absenkung auf ca. 30 Prozent gewesen, um den Bezug eigenen Erwerbseinkommens zu stärken. Die Anhebung der Abschmelzrate bei höherem Unterhalt ist eine Verschlechterung und überzeugt auch inhaltlich nicht.
- **Reform des Unterhaltsvorschusses:** Der Bezug des Unterhaltsvorschusses ist ab dem 6. Lebensjahr an neue Bedingungen geknüpft, was wohl als Vereinfachung gedacht ist. Jedoch wird der Unterhaltsvorschuss dadurch zur Sozialleistung des Staates, obwohl der andere Elternteil in der Verantwortung für das Kind ist.
- **Verwaltungsreform möglicherweise problembehaftet:** Eine verwaltungsmäßige Vereinfachung ist nicht hinreichend erkennbar. Familien müssen in vielen Fällen weiterhin zu unterschiedlichen Behörden. Die Zuständigkeitswechsel und organisatorischen Änderungen führen möglicherweise zu Problemen.

Die vollständige Stellungnahme können Sie hier nachlesen:





Bild von Parents auf Pixabay

Familie – gesellschaftspolitisch unter die Lupe genommen

Online-Seminarreihe des Familienbundes der Katholiken rund um das Thema »Familie«

2023
2024

19.10.2023 — Die Grundnorm der Familienpolitik – Wesen, Wandel und Bedeutung des Artikel 6 GG
17:00 bis 19:00 Uhr

08.11.2023 — Zwischen Tradition und Wandel – Das Familienbild in der katholischen Kirche
17:30 bis 19:00 Uhr

29.11.2023 — Das politische Ringen um den Schwangerschaftsabbruch
17:30 bis 19:30 Uhr

10.01.2024 — Hinter den Kulissen der Fürsorge: Geschlecht, Gerechtigkeit und Sorgearbeit
20:00 bis 21:30 Uhr

30.01.2024 — Unterschiedliche Formen des Zusammenlebens – eine Herausforderung für unser Rechtssystem?
17:30 bis 19:00 Uhr

20.02.2024 — Schule im Wandel – Familien- grundschulzentren als Beispiel für die Einbeziehung von Familien und die Öffnung in den Sozialraum
17:00 bis 19:00 Uhr

Mehr Informationen und die Kursnummern befinden sich auf der zweiten Seite.

Ort: Zoom

Anmeldung: online unter: www.keb-hi.de | Kursnummer: GSFDK oder mit QR-Code:



Sie können sich auch nur für einzelne Abende anmelden.

Die Teilnehmer:innen erhalten den Zugangslink am Tag vor der Veranstaltung.

Der Kurs ist kostenfrei.

Die Seminarreihe ist eine Kooperation mit der KEB Hildesheim.



Über den Familienbund der Katholiken: Eine starke Stimme für Familie – Der Familienbund der Katholiken (FDK) ist ein parteipolitisch unabhängiger, konfessioneller Familienverband. Wir vertreten die Interessen aller Familien in Politik, Gesellschaft und Kirche. Wir setzen uns ein für Familienfreundlichkeit, Familiengerechtigkeit und die Förderung von Partnerschaft und Familie.

DV Bamberg

Domstr. 9, 96049 Bamberg, Tel.: 0951/5023545, Fax-49,
kontakt@familienbund-bamberg.de, www.familienbund-bamberg.de

„EINE GESELLSCHAFT OHNE KINDER KANN NICHT FUNKTIONIEREN!“ Familienbund trifft sich mit Jonas Geissler, MdB

Aktuelle familienpolitische Themen waren der Schwerpunkt des offenen Austauschs zwischen dem Bamberger Diözesanfamilienrat und dem Bundestagsabgeordneten Jonas Geissler (CSU). Geissler ist seit 2021 Mitglied des Bundestages und vertritt dort als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Coburg-Kronach-Geroldsgrün.

Im Bundestag ist der promovierte Historiker im Verkehrsausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und im Ausschuss für Klimaschutz und Energie tätig. Zuvor arbeitete Geissler im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr sowie als Büroleiter des Landtagsabgeordneten Hans Reichhart.

Mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Kindergrundsicherung, dem Spannungsverhältnis von Digitalisierung und Kinderschutz sowie dem akuten Wohnungsproblem für Familien ging es um Themen, die in der von Inflation, Krieg und Fachkräftemangel geprägten Zeit viele Familien beschäftigen.

Christiane Kömm, Vorsitzende des Diözesanfamilienrats, lobte zunächst das bayerische Familiengeld, das es als Anschlussleistung an das Elterngeld in dieser Form nur hier gibt. Auf Bundesebene fordert der Familienbund der Katholiken Bamberg seit langem neben einer solchen Leistung ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt. Es gehe darum, den Wert der Care- und Sorgearbeit sowohl finanziell als auch ideell zu honorieren, damit sich Familien frei entscheiden können, welche Aufgabenverteilung von Berufstätigkeit und Erziehungsarbeit sie bevorzugen. „Habe ich überhaupt die Wahl, mein Kind selbst zu betreuen?“ stellte Kömm zu Beginn der Diskussion provokant in den Raum. „Früher war die Berufstätigkeit der Mütter verpönt, heute ist sie gesellschaftliche Norm und erzeugt neuen Druck.“

Der Abgeordnete fand den Vorschlag des Familienbunds bezüglich eines Erziehungsgehalts für Eltern zwar „spannend“, äußerte aber Bedenken hinsichtlich der Finanzierbarkeit von Modellen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB). Klar sei aber auch: „Eine Gesellschaft ohne Kinder kann nicht funktionieren!“ Vielmehr müsse man der Frage nachgehen, wie die Arbeitswelt der Zukunft aussehe. Es gehe darum, wie sich Menschen perspektivisch einbringen könnten. Konkret sieht Geissler die Unternehmen in der Pflicht, „Varianten zwischen häftiger Teilzeit und Vollzeit“ zu schaffen. Nur dann gelinge es den Unternehmen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein und sich vor dem Hintergrund des allgegenwärtigen Arbeitskräftemangels von Mitbewerbern abzuheben. Persönlich kennt der Abgeordnete junge Führungskräfte, die Homeoffice anbieten, wo immer es möglich sei.

Was die Erziehung angehe, dürfe sich der Staat nicht einmischen. „Eine eins-zu-eins-Betreuung wird immer besser sein“, ist Geissler überzeugt.

Kömm stellte klar, dass ein Erziehungsgehalt die Zeit mit kleinen Kindern betreffe und somit nicht bedingungslos sei.

„Eltern leisten doppelt, denn sie erziehen Kinder und zahlen in die Sozialversicherungssysteme ein. Aber jeder hat eine Verantwortung für die nächste Generation“, betonte sie.

Daher treten die Verbände dafür ein, dass eine echte Kindergrundsicherung das Existenzminimum eines Kindes absichert.

„Wir bewegen uns dann bei Beträgen von 600 bis 700 € im Monat. Wenn die Kindergrundsicherung nicht bedeutet, dass Eltern mehr Geld für ihre Kinder zur Verfügung haben, ist sie überflüssig.“

Das Thema Wohnen ist Geissler ein besonderes Anliegen. Als Vertreter des Wahlkreises Coburg ist ihm die angespannte Lage in der Bauwirtschaft vertraut. Ideen für neue Baukonzepte müssten umgesetzt werden, statt des eingeschossigen Supermarkts auf der grünen Wiese solle man in die Höhe bauen. Auch im ländlichen Bereich, wo man traditionell nur an Einfamilienhäuser denke, sieht der Abgeordnete den Bedarf für Wohnungen. Auf die hohen Mieten vor allem in München angesprochen, forderte er das Angebot von Betriebswohnungen seitens der Unternehmen, mehr geförderten Wohnungsbau, Offenheit für neue und innovative Wohnmodelle, verbesserte Modelle für den Wohnungstausch und eine offensive Baupolitik. Dass die Pläne der Ampel hinsichtlich des Verbots von Gas- und Ölheizungen zu großer Verunsicherung führen und Renovierungen alter Häuser geradezu torpedieren, war einhellige Meinung.

Des Weiteren erhielt der Diözesanfamilienrat interessante Einblicke in die Tätigkeit des Bundestagsabgeordneten. Unter anderem berichtete Geissler von seinem Engagement im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. „Wenn wir dort die große, weltweite Christenverfolgung thematisieren, dürfen wir nicht Hass schüren“, mahnte er im Hinblick auf das Auftreten einer anderen Partei.

Der Ausgleich zwischen Digitalisierung und Kinderschutz sei schwierig, weil der Datenschutz von vielen zu hoch eingeschätzt werde. Ohne Vorratsdatenspeicherung werde der Verfolgung krimineller Aktivitäten nahezu unmöglich.

Zum Abschluss des bereichernden Gesprächs überreichte Christiane Kömm an den Bundestagsabgeordneten das Spiel „Rente sich wer kann“, in dem deutlich wird, dass die Sozialversicherungssysteme auf Familien bauen.



v. l.: Freddy Grubisa, Edgar Maul, Jonas Geissler, Josef Weber, Johannes Wicht, Christiane Kömm

Foto: A. Sauer/FdK Bamberg

NEUE MITARBEITERIN BEI FAMILIENBUND UND KED IN BAMBERG

Im Juli 2023 nahm Frau Sabine Kutzelmann ihre Tätigkeit als stellvertretende Geschäftsführerin beim Familienbund der Katholiken und der Katholischen Elternschaft Deutschlands in Bamberg auf. Frau Kutzelmann arbeitete vor ihrer Elternzeit als Assistentin im Marketing eines Bekleidungsunternehmens. In der Diözesangeschäftsstelle teilt sich Sabine Kutzelmann die Ganztagsstelle mit der Geschäftsführerin Anja Sauer. Sie freut sich auf ihre neue, interessante Tätigkeit und die damit verbundenen Aufgaben, sowie eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!



Foto: S. Kutzelmann

EINLADUNG ZUR FAMILIENPOLITISCHEN JAHRESTAGUNG



Foto: FdK Bamberg

Der Familienbund der Katholiken veranstaltet am Samstag, dem 18.11.2023, um 14:00 Uhr wieder die Familienpolitische Jahrestagung im Bistumshaus St. Otto in Bamberg.

Unter dem Titel „Vor der Bildung kommt die Bindung – Die Bedeutung der Kleinkindbindung“ referiert die Psychotherapeutin, Allgemeinärztin und Sozialmedizinerin Frau Dr. Ulrike Köberlein über die essenzielle Bedeutung der frühkindlichen Bindung.

Zu dieser öffentlichen Veranstaltung sind Sie herzlich eingeladen!

Anmeldung per E-Mail: kontakt@familienbund-bamberg.de

Weitere Informationen: www.familienbund-bamberg.de

Familienbund Osnabrück

Gartbrink 5, 49124 Georgsmarienhütte; Tel.: 05401-8668-17

info@familienbund-osnabrueck.de, www.familienbund-osnabrueck.de

FAMILIENBUND OSNABRÜCK FEIERT JUBILÄUM BUNDESVERBAND, BISTUM, KATHOLIKENRAT UND STADT OSNABRÜCK GRATULIERTEN ZUM 20-JÄHRIGEN BESTEHEN

Zu seinem 20-jähriges Bestehen konnte der Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück am 7. September im Forum am Dom die Glückwünsche von zahlreichen Gästen entgegennehmen. Ulrich Hoffmann, Präsident des Bundesverbandes des Familienbundes würdigte in seinem Festvortrag unter der Überschrift „Rente sich wer kann!“ das familienpolitische Engagement des Verbandes.

Gegründet wurde der Familienbund im Bistum Osnabrück am 1. September 2003 in Georgsmarienhütte. Schon damals hatte er sich zum Ziel gesetzt, die Interessen von Eltern und Kindern in Politik, Gesellschaft und Kirche zu vertreten. Er ist der Dachverband von acht Mitgliedsverbänden und weiteren sieben Einrichtungen der Familienbildung. Im Bistum Osnabrück bündelt der Familienbund die familienpolitischen Positionen von rund 95.000 Mitgliedern.

Vor rund 50 geladenen Gästen zum 20. Geburtstag des Familienbundes hielt Ulrich Hoffmann, Präsident des in Berlin ansässigen Bundesverbandes, den Festvortrag. Dabei ging er auf die Anliegen der seit August im Forum am Dom zu sehenden Ausstellung mit Cartoons von Thomas Pläßmann ein, die ebenfalls unter der Überschrift „Rente sich, wer kann!“ stand. Mit spitzer Feder hatte der bundesweit bekannte Cartoonist eine mangelnde Familiengerechtigkeit im System der Sozialversicherungen auf's Korn genommen. Die Jubiläumsveranstaltung des Familienbundes war gleichzeitig die Finnisage zur Ausstellung.

„Der Tanker Rente ist in Not. Es liegt in gewisser Weise eine Havarie des Rentensystems vor“, hob Ulrich Hoffmann in seinem Beitrag hervor. Die Misere in der Rente habe auch strukturelle Gründe. Und diese ließen sich durch gute Familienpolitik beeinflussen, konstatierte der Präsident des Familienbundes.

Hoffmann weiter: „Die Entscheidung, kein weiteres Kind zu bekommen, ist für viele Familien derzeit auch eine finanzielle Entscheidung. Eine große Familie können sich viele Paare heute schlicht nicht mehr leisten.“ Das Rentensystem gründe als Generationenvertrag auf den finanziellen Beiträgen der Arbeitnehmer und auf die kostenaufwendige Erziehung von Kindern, die künftig Beitragszahler seien. Die Bemessung der Rentenbeiträge berücksichtige jedoch nicht, dass die Familien bereits mit der Kindererziehung in die Zukunft der Rentenversicherung „einzahlen“. Einen Freibetrag in Höhe der Unterhaltungspflicht, der die reduzierte Leistungsfähigkeit der Familien berücksichtige, gebe es



Fotos: FdK Osnabrück

Bürgermeisterin Eva-Maria Westermann würdigte die Bedeutung des Familienbundes zu dessen 20-jährigem Bestehen.

Ulrich Hoffmann, Präsident des Bundesverbandes des Familienbundes der Katholiken, stellte in seinem Festvortrag die Notwendigkeit von Reformen in den Sozialversicherungen heraus.

bisher nur bei der Besteuerung, aber nicht bei der Rente. Das führe bei Familien zu Armut. Hier habe sich der Familienbund als Unterstützer von Klagen verschiedener Familien bis hin zum Bundesverfassungsgericht engagiert. Ziel sei es gewesen, auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen Freibeträge analog zum Steuerrecht für unterhaltsberechtigte Kinder zu erwirken.

Gerade weil das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr die Forderungen des Familienbundes nach Freibeträgen in den Sozialversicherungen nicht in vollem Umfang in seine Entscheidung einbezogen habe, seien weiterhin politische Gespräche in dieser Sache notwendig, betont Ulrich Hoffmann. Der Familienbund bleibe in der Rentenpolitik „an Bord“.

Den Glückwunsch zum 20-jährigen Bestehen seitens der Stadt Osnabrück übermittelte Bürgermeisterin Eva-Maria Westermann. Sie hob die Bedeutung der Familie hervor und würdigte den Einsatz des Familienbundes diesbezüglich. Er trage die „Werte der katholischen Kirche in schwierigen Zeiten in Politik und Gesellschaft hinein“.

Domkapitular Ulrich Beckwermert, ständiger Vertreter des Diözesanadministrators, machte für das Bistum Osnabrück deutlich, dass er in seiner Familie das „Rüstzeug für das Leben“ erhalten habe. Der Familienbund sei wichtig für den Eintritt für soziale Gerechtigkeit. Er sei „einer der wenigen katholischen Akteure, der die Anliegen von Familien in die Politik hineintrage“.

Ihre Verbundenheit mit dem Familienbund Osnabrück machte Katharina Abeln, Vorsitzende des Katholikenrates, in ihrem Grußwort deutlich. Der Familienbund benenne soziale Ungerechtigkeiten und rege auch durch die Ausstellung „Rente sich, wer kann“ zum Nachdenken an. Dankbar sei sie darüber hinaus für die innerkirchlichen Positionierungen des Familienbundes für schnelle Reformen.

In ihrem Rückblick auf 20 Jahre Familienbund Osnabrück hoben die Vorsitzenden Hedwig Buhl, Thomas Steinkamp und Mathias Owerrin besonders die familienpolitischen Kontakte hervor. So hatte der Familienbund vor der letzten Bundestagswahl alle Direktkandidaten auf dem Gebiet des Bistums Osnabrück im Vorfeld dazu befragt, was sie zur Unterstützung von Familien im Fall ihrer Wahl auf den Weg bringen wollen. Die Rückmeldungen dazu wurden auf der Homepage des Familienbundes und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Zudem hatte sich der Familienbund innerkirchlich für die Anliegen des sogenannten Synodalen Weges stark gemacht. Insbesondere hatte er die Initiative „Out in church“ unterstützt, die sich für die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften engagiert hatte.

LV Baden-Württemberg

Okenstr. 15, 79108 Freiburg i. Br., Tel.: 0761 5144 203
familienbund@seelsorgeamt-freiburg.de, www.familienbund-freiburg.de

GREEN CITY – WIR KOMMEN!

Macht Euch mit uns auf in eine Stadt, die man kennt und doch nicht kennt: Freiburg ist ein Vorreiter der deutschen Umweltbewegung.

Bildungsfahrt für Familien

Mittwoch, 3.4. – Sonntag, 7.4.2024

Das smarte öffentliche Verkehrssystem, doppelt so viele Fahrräder wie Autos und jede Menge städtische Grünflächen sind nur ein Beispiel für Freiburgs klimafreundliche Initiativen. Die Zeit zu handeln ist jetzt. Freiburg hat dies bereits in den 70er Jahren erkannt und sich auf den Weg gemacht, eine umweltfreundliche Stadt zu werden.



Foto: privat

So entstand ein einzigartiger Freiburger Mix, der mittlerweile weltweit unter dem Slogan „Green City Freiburg“ bekannt ist. Auf unserem Programm stehen

neben der Erkundung verborgener Ecken und Plätze der Stadt das Entdecken von Nachhaltigkeits-„Hotspots“, ein Besuch im Vauban und die Begegnung mit einem*r Familienpolitiker*in sowie ein Tag im Grünen.

Die Tage sind so gestaltet, dass unterschiedliche Bedürfnisse vorkommen können: Neben geplantem Programm gibt es Zeiten, in denen die Familien auf eigene Faust losziehen können. Neben gemeinsamen Programmpunkten gibt es Angebote nur für die Erwachsenen, in denen die Kinder ein eigenes Programm haben.

Mindestalter der Kinder: 6 Jahre

Kosten:

200 Euro Erwachsene, 100 Euro Kind, Kinder ab 3. Kind frei.

Reduzierte Preise für Wohngeldberechtigte, Auszubildende/Studierende und Empfänger*innen von ALG II:
Wohngeldberechtigte: 120 Euro Erw., 60 Euro Kind
Auszubildende/Studierende: 100 Euro Erw., 50 Euro Kind
Empfänger*innen von ALG II: 60 Euro Erw., 30 Euro Kind
Zuschuss bei schwieriger Finanzlage ggf. möglich.

An- und Abreisekosten sind nicht im Preis enthalten.

An-/Abreise: erfolgt individuell

Leitung: Lucia Gaschick, Beate Gröne

Anmeldeschluss: 30.11.2023



LV Bayern

Schrammerstraße 3, 80333 München
Tel.: 089 / 2137-77 202, info@familienbund-bayern.de
www.familienbund-bayern.de

DIE KINDERARMUT ZWAR IM BLICK, ABER KEINE LÖSUNGEN IM PORTFOLIO

Familienbund der Katholiken in Bayern kritisiert Bundesregierung und fordert Neuberechnung des Familienexistenzminimums und Vereinfachung in der Antragsstellung

Kinderarmut ist immer auch Familienarmut. Eine Lösung gelingt nur dann, wenn Familie als Ganzes gestärkt und ihre Autonomie respektiert wird.

Bei den Diskussionen zum geplanten Kindergrundsicherungsgesetz vermisst der FDK grundlegende Verbesserungen zur Behebung der Kinderarmut. „Was die Regierung hier anbietet, ist nur eine Neudeklarierung der bisherigen Familienleistungen, ohne das verfügbare Einkommen steuerpflichtiger Familien zu stärken“, kritisiert Gerlinde Martin, Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken in Bayern. Ohne eine signifikante Erhöhung der Familienförderung wird Kinderarmut nicht gestoppt und ist jede Kindergrundsicherung eine Mogelpackung, so Gerlinde Martin.

Der Familienbund sieht die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Antragstellung für die Familien im Sinne einer klar konzipierten Bringschuld des Staates, den Kinderzuschlag automatisch und das Bildungs- und Teilhabepaket ohne Verwaltungsbarrieren auszuzahlen. Um diese Erleichterung zu schaffen, wäre jedoch keine Umwidmung in eine Kindergrundsicherung notwendig. Beim jetzigen Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ist eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands jedoch nicht erkennbar.

Der Familienbund setzt sich vehement dafür ein, das sächliche Existenzminimum der Kinder neu zu berechnen und gänzlich steuerfrei zu stellen. Außerdem fordern wir eine Anhebung der Regelbedarfe unter Berücksichtigung der Preis- und Inflationsentwicklung.

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apernstr. 22, 50667 Köln, Tel.: (0221) 20 701 -138

#FAMILIENGERECHT – WEIL FAMILIEN ES WERT SIND

Für KOLPING sind Familien die Keimzelle der Gesellschaft, und Familienarbeit ist ein wichtiger Bestandteil auf allen Ebenen unseres Verbandes. In unserem Leitbild beschreiben wir Familien als Lernorte der Solidarität, der Wertevermittlung, der Kultur und des Glaubens. Die gesellschaftlichen, sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass Familien subsidiäre Hilfe erfahren und eine Basis geschaffen wird, auf der Familie, Alltag und Beruf nebeneinander Platz finden. KOLPING ist die ganzheitliche Förderung von Familien und ihren Belangen ein Herzensanliegen. Dabei bedeutet Familie für uns jede Konstellation, in der Menschen dauerhaft das Leben miteinander gestalten, Verantwortung füreinander übernehmen und sich solidarisch unterstützen. In vielfältiger Weise sind wir aktiv, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien eine gute Basis für ihr (Zusammen-)Leben zu ermöglichen. Sie sind Zielgruppe und Fokus in der verbandlichen Arbeit vor Ort, in den Einrichtungen wie dem Kolping Azubi- und Jugendwohnen, ebenso wie in unseren Familienferienstätten und in den vielfältigen Projekten der Kolping-Bildungsunternehmen. KOLPING fördert Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer persönlichen Entwicklung und ihrer beruflichen Qualifikation in vielfältiger Art und Weise. Von Kolping-Kitas über berufsvorbereitende Qualifizierungsmaßnahmen im Übergang von der Schule zum Beruf bis hin zum Studienabschluss an der Kolping-Hochschule steht KOLPING für wertorientierte Bildung und Erziehung. Als generationenübergreifender Verband schaffen wir Gemeinschaft und Austausch und widmen uns drängenden gesellschaftlichen Themen wie der Generationengerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit und dem demographischen Wandel. Die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb bietet KOLPING als Arbeitgeber ein familienfreundliches Umfeld, das oftmals mobiles Arbeiten, eine betriebsnahe Kindertagesbetreuung und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglicht.

Wenn wir den Blick auf die Familienpolitik richten, stellen uns die Entwicklungen auf der Bundes- aber auch Landes- und Kommunalebene in den vergangenen Jahren nicht zufrieden. Familienpolitik muss wieder den Stellenwert erlangen, den sie verdient und benötigt. Darum befürworten wir ein Konzept der integrierten Familienpolitik, das als Querschnittsaufgabe ausreichend abgesichert werden muss. In der gesellschaftlichen Debatte über eine familiengerechte Politik nehmen wir die sich verschärfenden finanziellen Existenzängste der Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, wahr.



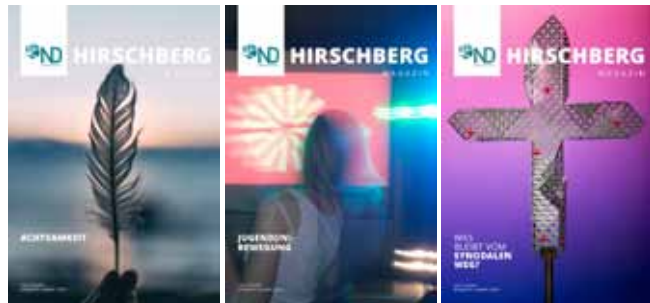
ND - Gemeinschaft katholischer Männer und Frauen im Bund Neudeutschland e.V.

Gabelsbergerstr. 19, 50674 Köln, Tel.: (0221) 177 363 40, info@nd-netz.de

HIRSCHBERG-MAGAZIN ZUM THEMA WOHNEN

Die nächste Ausgabe der von unserem Mitgliedsverband „ND-Christsein.heute“ herausgegebenen Zeitschrift „Hirschberg“ beschäftigt sich mit dem Thema „Wohnen“. Ab Dezember ist das Inhaltsverzeichnis online abrufbar; Hefte können unter derselben Adresse bestellt werden: <https://www.nd-netz.de/hirschbergmagazin/>

Das Hirschberg-Magazin erscheint quartalsweise und enthält Beiträge zu einem Titelthema sowie Berichte aus der Arbeit des ND.



Fotos: Hirschberg-Magazin, ND

RECHTSECKE

VERSTOß GEGEN MIETPREIS-BREMSE ERST NACH DREI JAHREN VERJÄHRT

Bundesgerichtshof (Az.: VIII ZR 375/21)

Familie Wiesenbach zahlt als Neumietler eine recht hohe Miete – ist aber froh, überhaupt eine schöne Wohnung gefunden zu haben. Für den Nachweis ihrer Vermutung, dass sie zu viel Miete zahlen, will die Familie wissen, wie viel ihr Vormieter gezahlt hat. Die neue Miete darf die ortsübliche Vergleichsmiete nur um maximal zehn Prozent übersteigen. Der Vermieter meldet sich und meint, die Ansprüche seien längst verjährt. Nein, sagte man am Bundesgerichtshof: "Für die Rückforderung von zu viel gezahlter Miete gilt eine gesetzliche Verjährungsfrist von drei Jahren. Diese Frist startet zum Zeitpunkt, wenn der Mieter von seinem Vermieter die entsprechenden Auskünfte verlangt."

LEBENSLANGES WOHNRECHT FÜR GROßMUTTER AUCH OHNE EINTRAG INS GRUNDBUCH

Oberlandesgericht Oldenburg (Az.: 8 U 174/22)

Frau X erbt nach dem Tod ihres Mannes das Haus gemeinsam mit ihren beiden Töchtern. Unter der Bedingung, dass die Großmutter dort bis ans Lebensende wohnen bleiben darf, verkaufen sie es an einen Enkel. Dieser will von der mündlichen Verabredung später nichts mehr wissen und kündigt das unentgeltliche Nutzungsverhältnis. Schließlich sei sie nicht ins Grundbuch eingetragen. Er verkauft das Haus. Daraufhin geht die Großmutter vor Gericht. Die Richter entschieden: "Laut Zeugenvernehmung aller Beteiligten bestand klar die Vereinbarung. Daraus ergibt sich ein "schuldrechtliches Wohnrecht". Anders als ein ins Grundbuch eingetragenes Wohnrecht kann dies allerdings gegenüber den Käufern nicht geltend gemacht werden. Wenn der Käufer darauf besteht, muss die Großmutter ausziehen." Sie hat allerdings Anspruch auf Schadenersatz, der Enkel zahlt die Umzugskosten und die künftige Miete.

GUTES WOHNEN FÜR ALLE, AUCH FÜR ALLEINERZIEHENDE

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum wird immer knapper, besonders in Städten. Mit Kindern eine Wohnung zu finden ist schwierig und stellt besonders Alleinerziehende vor große Herausforderungen. Deswegen appelliert der Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter an die Politik, verschiedene Familienformen beim Wohnungsbau und der Stadtgestaltung mitzudenken. Daniela Jaspers, Vorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV), fordert:

„Günstiger Wohnraum ist auf umkämpften Wohnungsmärkten rar. Alleinerziehende werden so zunehmend in prekäre Wohnlagen und benachteiligte Quartiere verdrängt, mit negativen Folgen für die Entwicklungs- und Teilhabechancen ihrer Kinder. Wohnraum muss wieder für alle Familienformen bezahlbar und bedarfsgerechte Quartiere und Wohnformen für Alleinerziehende Realität werden!“

Im Rahmen der VAMV-Fachtagung „Mehr als ein Dach über dem Kopf – Gutes Wohnen für Alleinerziehende“ in Kiel wurde deutlich, dass Alleinerziehende von allen Haushaltstypen die höchste Wohnkostenbelastung haben. Trotzdem leben Alleinerziehende überproportional häufig in beengten Wohnverhältnissen und müssen eine viel zu kleine Wohnung mit ihren Kindern teilen. Gleichzeitig zeigten positive Beispiele aus Wien: Trotz knappem Budget eine Wohnung zu bewohnen, die Gemeinschaftsfläche und Rückzugsräume für alle Familienmitglieder bietet, ist für Alleinerziehende möglich. Dafür muss Wohnungsbau die unterschiedlichen Familienformen mitdenken. Gender Planning bei der Gestaltung öffentlicher Räume kann zu einem lebenswerten Wohnumfeld für Familien beitragen.

„Die Politik muss die Voraussetzungen für Gutes Wohnen schaffen. Eine neue Wohngemeinnützigkeit, eine effektive Mietpreisbremse ohne Ausnahmen, Gender Planning – verschiedene Instrumente und Strategien sind schon länger in der öffentlichen Diskussion. Die Politik muss nun endlich vom Reden ins Handeln kommen“, fordert Jaspers.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN - WIE VIEL ÖKOLOGISCHEN UMBAU SCHAFFEN WIR ÜBERHAUPT? BAUEN UND GESELLSCHAFT IN DER TRANSFORMATION

In der Tagung "Wie viel ökologischen Umbau schaffen wir überhaupt?" haben die Bayerische Ingenieurekammer-Bau und die Akademie für Politische Bildung Tutzing gemeinsam mit Fachleuten aus den Ingenieurwissenschaften und anderen Disziplinen in vier Workshops nach neuen Ideen für ein nachhaltiges, ökologisches, bezahlbares und generationengerechtes Bauen gesucht und vier Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen für das Planen und Bauen der Zukunft entwickelt.

- Für ein einfacheres, nachhaltiges und bezahlbares Bauen und Wohnen müssen in Zukunft alle Wertstoffe nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft wiederverwertet werden.
- Das Baurecht muss flexibler gestaltet werden, um den Kommunen eine individuelle Ausgestaltung zu ermöglichen. Die Innenentwicklung muss Vorrang haben und Leerstände vermieden werden.
- Zur Sicherung von Innovationsfähigkeit und Generationengerechtigkeit beim Planen und Bauen müssen der Sachverstand und die Digitalkenntnisse der Nachwuchskräfte in Planungsbüros, Behörden und Ministerien konsequent einbezogen werden.
- Etwa 75 Prozent unseres Konsums ist überflüssig. Wir sollten bewusst konsumieren und leben, um allen Pflanzen und Lebewesen dieser Erde eine Zukunft zu ermöglichen.



„BESTAND IM WANDEL - IST ALT DAS BESSERE NEU?“

Der 19. Wohnungspolitische Kongress findet am 29. November 2023 in Hannover statt. Das Motto der diesjährigen Veranstaltung lautet: „Bestand im Wandel - Ist alt das bessere Neu?“. Es diskutieren Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Bau- und Wohnungswirtschaft. Veranstalter des Kongresses sind das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen (vdw) sowie die NBank.

WOHNEN IN KRISEN. KRISEN DES WOHNENS. INTERSEKTIONALE PERSPEKTIVEN AUF ZENTRALE FRAGEN DES ALLTAGSLEBENS

Jahrestagung der Sektion Frauen und Geschlechterforschung der dt. Gesellschaft für Soziologie am 16./17. November 2023 an der Universität Osnabrück (hybrid)
Das ‚traute Heim‘ ist Ort der Aushandlung von Geschlechter- und anderen Machtverhältnissen. Das „Zimmer für sich allein“ (Virginia Woolf) ist Sinnbild für Privatsphäre und Freiraum, das gleichwohl nicht allen gleichermaßen offensteht und inhärent vergeschlechtlicht ist: Der Wohnraum gilt als Sphäre des Weiblichen, als Ort der unbezahlten Care-Arbeit. An der Frage der Verteilung häuslicher Reproduktionsarbeit sowie am Problem ‚häuslicher‘ Gewalt offenbaren sich zentrale Aspekte vergeschlechtlichter Machtverhältnisse. Das Wohnen stand in den letzten Jahren jedoch nur noch selten im Fokus der Geschlechterforschung. Die Frage, wer wie wo und mit wem wohnt, wer sich wo ‚zu Hause‘ fühlen kann, ist nach wie vor virulent. Energiekrise, Mietendeckel, steigende Immobilienpreise, das eigene Zuhause als Lockdown-Gefängnis, Gentrifizierung und Landflucht – das Thema Wohnen ist gegenwärtig zum zentralen Debattenthema geworden.



BUNDESPROGRAMM MEHRGENERATIONENHÄUSER

Der Fokus des Programmes liegt darauf, Menschen über gemeinsame Aktivitäten miteinander in Kontakt zu bringen. Die Website zeigt Neues zum Bundesprogramm und inspirierende Geschichten aus den rund 530 Mehrgenerationenhäusern. Außerdem kommen Engagierte zu Wort.



GEMEINE STADT

Angesichts von zunehmenden Verteilungskämpfen und der Notwendigkeit einer klimagerechten Transformation der Gesellschaft stellt sich immer dringlicher die Frage, wie die Stadt und ihre öffentlichen Güter gemeinsam gestaltet werden können. Wie lassen sich existenzielle Bedürfnisse wie Wohnen, Mobilität oder eine intakte Umwelt gerecht befriedigen? Wie können für alle Bewohner*innen gleiche Rechte auf urbane Bürgerschaft hergestellt werden? Wie lässt sich Stadt in ihrer Pluralität, Diversität und Dynamik als gemeinsamer Raum verstehen und organisieren?

Diese Fragen stehen im Zentrum des von Sabrina Dittus, Stephan Lanz und Kathrin Wildner im Auftrag der Berliner Landeszentrale für politische Bildung realisierten Projekts „gemeine stadt: berlin gemeinsam gestalten“. Es umfasst eine Veranstaltungsreihe sowie die multimediale, mit künstlerischen, aktivistischen, journalistischen und wissenschaftlichen Beiträgen bestückte digitale Publikation www.gemeinestadt.net. Dabei widmen sich die 2021 und 2022 durchgeführten Veranstaltungen und Kapitel den Themen Straße, Versammlung, Eigentum, Umweltgerechtigkeit, Kollektive und Daseinsfürsorge. Mit »Home« / Zuhause sowie mit Unruhe/n beschäftigt sich die 2023 von Sabrina Dittus und Kathrin Wildner kuratierte zweite Staffel.



GRÜNE ECKE



KIRCHENWALD IST ZUKUNFTSWALD

Im Erzbistum Bamberg gibt es ein neues Waldbewirtschaftungskonzept. Nachhaltigkeit wird darin großgeschrieben. Der Kirchenwald – in seiner Gesamtheit beinahe 900 Hektar – wird künftig nach sieben Grundsätzen bewirtschaftet, welche die Ökologie ganz klar vor die Ökonomie stellen. Ein praktischer Schritt hin zur Bewahrung der Schöpfung, direkt vor der eigenen Haustür.

<https://leben.erzbistum-bamberg.de>

MITMACHKLIMA

Gestalte das MitMachKlima in Bamberg. Ein Modellprojekt in der Weltkulturerbestadt Bamberg
Das Ziel: Wir möchten unsere Stadt gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in MitMach-Projekten so gestalten, dass unser Klima nachhaltig davon profitiert.

<https://www.mitmachklima.de/>

KLIMA-KOLLEKTE

Die Klima-Kollekte unterstützt Sie, klimafreundlich zu handeln und so die Schöpfung zu bewahren.
Wir sind alle gefordert, etwas dafür zu tun, dass auch die Welt unserer Nachkommen und die der Menschen in ärmeren Regionen lebenswert ist. Auf Wunsch berechnet die Klima-Kollekte Ihre Emissionen und berät Sie zu Reduktionsmöglichkeiten. Verbleibende Emissionen können Sie über Projekte der Klima-Kollekte im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgleichen.

Die Projekte sind für die lokale Bevölkerung in Ländern des globalen Südens entwickelt und mindern Armut vor Ort, indem sie Frauen stärken, Gesundheit schützen und Perspektiven ermöglichen – zudem verringern sie den CO₂-Ausstoß und schützen so das Klima. Unsere Klimaschutzprojekte sind mit dem Gold Standard for the Global Goals zertifiziert

<https://klima-kollekte.de/>

DIE WOHNUNGSFRAGE - EINE GERECHTIGKEITSFRAGE

Wohnraum, zumal in der Stadt, ist knapp – und teuer. Seit geraumer Zeit führt der globale Trend der Urbanisierung auch in deutschen Groß- und Mittelstädten, die sich im globalen Vergleich lange durch moderate Mieten auszeichneten, im Verbund mit einer Reihe weiterer Faktoren zu einer massiven Erhöhung der Wohnkosten. Der Band geht der Frage nach den normativen Dimensionen dieser Entwicklung in interdisziplinärer Perspektive nach. Dazu beschäftigt er sich mit der historischen Entwicklung der Wohnungspolitik und mit Spezifika des Gutes Wohnen aus ökonomischer und juristischer Perspektive. Außerdem geht es um Verteilungsfragen sowie um den Zusammenhang des Wohnens mit ökologischen und kulturellen Entwicklungen. Schließlich werden normative Grundlinien der Wohnraumdebatte rekonstruiert, um so zu klären, inwiefern die Wohnungsfrage als Gerechtigkeitsfrage zu verstehen ist.

Julian Degan, Bernhard Emunds, Lukas Johrendt, Torsten Meireis, Clemens Wustmans (Hgg.)
Die Wohnungsfrage - eine Gerechtigkeitsfrage

Metropolis 2023. 300 S.,
34,80 Euro.



WOHNRAUM FÜR ALLE?!: PERSPEKTIVEN AUF PLANUNG, POLITIK UND ARCHITEKTUR (URBAN STUDIES)

Seit Jahren steigen Mieten und Wohnungspreise - vor allem in wachsenden Städten und Regionen Deutschlands. Günstiger Wohnraum wird zunehmend knapp und gerade untere und mittlere Einkommensgruppen sind von hohen Wohnkosten belastet. Der Band bringt gestalterische, gesellschaftliche und politische Lösungsansätze in einen Dialog. Die Beiträge erkunden die Gründe für die Wiederkehr der Wohnungsfrage und stellen Strategien vor, mit denen bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen werden kann. Akteure aus Wissenschaft, Praxis, Politik und sozialen Bewegungen finden hier aktuelle Perspektiven auf ein drängendes urbanes Problem.

Barbara Schöning, Justin Kadi, Sebastian Schipper
Wohnraum für alle?!: Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur

transcript 2017. 358 S.,
29,99 Euro.



GLÜCKLICH WOHNEN - DER BUWOG PODCAST

Herzlich willkommen zu Glücklich wohnen – der BUWOG Podcast zu Themen der Bau- und Immobilienwirtschaft. Michael Divé spricht alle zwei Wochen mit Menschen, die unsere Leidenschaft für Stadt- und Quartiersentwicklung teilen. Mit klugen und kreativen Köpfen aus der Wirtschaft, Forschung und dem öffentlichen Sektor, die sich dem Thema Bauen und Wohnen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven nähern. Was ist neu, was ist wichtig in den Bereichen Architektur, Nachhaltigkeit, Mobilität, Diversität und Energiewende? Wie sieht die Zukunft des Bauens aus? Informative und tiefgründige Interviews für alle, die sich für das Thema Immobilien und Stadtentwicklung interessieren.

Podcast

ca. 50 Minuten



URBAN MINING UND KREISLAUFGERECHTES BAUEN. DIE STADT ALS ROHSTOFFLAGER.

Wie können wir zukünftige Bauaufgaben sozial, ökonomisch und ökologisch bewältigen, um unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden? Dieser wichtigen Frage widmet sich dieser Leitfaden.

Dem linearen Wirtschaftsmodell und damit der Vernichtung von Ressourcen steht die Idee geschlossener Stoffkreisläufe, neuartig konzipierter Konstruktionen und (Rück-)bautechnologien sowie innovativer, kreislaufformenter Geschäftsmodelle entgegen. Die gebaute Umwelt muss als Materiallager verstanden und für die einfache Entnahme von Baumaterialien geplant werden.

Felix Heisel, Dirk E. Hebel
Urban Mining und kreislaufgerechtes Bauen. Die Stadt als Rohstofflager.

Fraunhofer IRB Verlag
2021. 208 S., br.,
65 Euro.

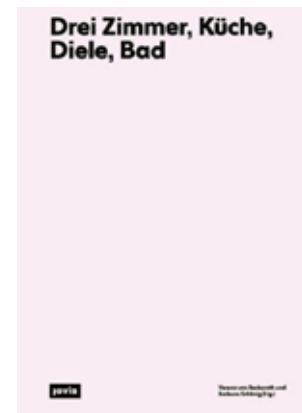


DREI ZIMMER, KÜCHE, DIELE, BAD

Das inter- und transdisziplinäre Forschungsprojekt "Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad" formuliert und verhandelt Fragen an das Wohnen in der Zukunft anhand der Transformation einer leer stehenden Wohnung. In einem denkmalgeschützten Gebäudeensemble aus den 1920er Jahren, in Weimar gelegen, diente die Wohnung zunächst als Arbeits-, Diskussions- und Ausstellungsraum für Studierende der Architektur und Urbanistik. Mit wenigen, aber grundlegenden Interventionen wurde sie dann zu einem Raum, der nicht nur andere Formen des Wohnens, sondern auch nachbarschaftliche Aktivitäten ermöglicht. Die neuen Bewohner*innen wurden im Rahmen eines Konzeptverfahrens gefunden und zwei Jahre lang bei der Aneignung der Wohnung mit Optionen forschend begleitet. Das insgesamt fünf Jahre laufende Projekt (2017–2021) entstand als Kooperation zwischen der Bauhaus-Universität Weimar, der Thüringer Aufbaubank und des kommunalen Wohnungsunternehmens Weimarer Wohnstätte GmbH unter der Schirmherrschaft des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Verena von Beckerath,
Barbara Schönig (Hgg)
Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad: Eine Wohnung mit Optionen

JOVIS 2022. 336 S., br.,
38 Euro.



WAS IST ZUHAUSE?: VOM WOHNEN, LEBEN, WEGGEHEN UND ANKOMMEN

Bei Oma darf man auf dem Sofa essen, beim besten Freund spielen alle in der Küche und die Cousine hat zwei Zimmer, eins bei jedem Elternteil. Jedes Kind weiß, Zuhause können ganz unterschiedlich sein. Was sie ausmacht, sind vertraute Gerüche und Geräusche, gewohnte Sprache oder kleine Rituale.

Wie ist das bei Menschen, die kein festes Zuhause haben? Die ihr Zuhause verlassen müssen oder wollen? Kann man sich aussuchen, wo man wohnt? Und wie wird man dort heimisch?

Ein gedankenreiches Sachbuch darüber, wie wir unser Zusammenleben inklusiv und umweltverträglich gestalten können.

Kristina Scharmacher-Schreiber (Autor), Lena Hesse (Illustrator)
Was ist Zuhause?: Vom Wohnen, Leben, Weggehen und Ankommen

Beltz & Gelberg 2022.
74 S., br., 15 Euro.



Ihre Meinung interessiert uns:
Nutzen Sie unsere QR-Codes?

FRAGEN AN BERNHARD WITTE

1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?

Eine kleine vorsichtige Antwort findet sich für mich in einem Gedicht von Augustin Wibbelt (Priester und Dichter aus Vorhelm):

So mögg ick sien!
So mögg ick sien äs düsse Dag:
So siälenwarm un wiet,
So klaor in minen Üöwerlag,
So still un aohne Striet.
De Blomen staoht an Wiägesrand,
Dat Feld ligg vuller Gold.
Dorüöwerhiär de Himmel spannt
Sin Telt so blank un stolt.
So mögg ick sien: för annere riek
Un för mi sölwer froh,
Den Himmel drüöwer - dann is't glik
Of't so kümp oder so.

2. Wer hat Sie geprägt?

Eltern, Geschwister, Verwandtschaft und weitere Personen in einem kleinen Dorf im Münsterland/Westfalen

3. Als Kind wollte ich immer ...

gesund werden!! (Ich bin seit 60 Jahren Diabetiker)

4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?

Kinder- und Jugendfreizeiten

5. Wozu können Sie nicht nein sagen?

Bücher über die Entstehung der Menschheit und Archäologie

6. Eine der besten Erfindungen ist ...

das digitale Netz

7. Ihre liebste Bibelstelle?

ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben (Joh 10,10 b)

8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?

Lübeck; ggf. Clonakilty in West Cork

9. Was ist für Sie „zu Hause“?

Kein Ort. Nirgends.....
mit Menschen leben und kommunizieren zu können.

10. Wenn Sie Bundeskanzler wären, was würden Sie als erstes tun?

Das Fundament der Katholischen Soziallehre sehr stark in den Blick nehmen!

11. Bitte vervollständigen Sie den Satz: „Familie bedeutet für mich ...

das Fundament der Gesellschaft.

Im Glauben:

Maria – eine sehr junge Frau, die ein Kind erwartet. Vaterschaft ungeklärt.

Josef – ein Mann, der zu seiner Frau steht und mit Frau und Kind die Flucht ergreifen muss.

Jesus – als Jugendlicher verursacht er einige Unruhe im Tempel und brüskiert seine Mutter.

Also eine ganz normale Familie.



Bernhard Witte

leitet die Familienbildungsstätte Lübeck, ist Referent für den Schwerpunkt Beziehung. Leben der kathol. Pfarrei Lübeck, Mitarbeiter in der Ehe, Familien- und Lebensberatungsstelle Lübeck und seit 2022 Mitglied des Präsidiums des Familienbundes